

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Libert, Magdeburg. — Verantwortliche Schriftföhrer: August Schöler, Magdeburg. — Verleger: Ernst von Bernhardt Carbaum, Magdeburg. — Druck von F. C. G. Schmidt, Magdeburg. — Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1667. — Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 881. — Abonnementpreis: Vierteljährlich 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Einzelhefte 20 Pf. — In Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Appellation sind der Magdeburger Vierteljahr 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2 Mk. 25 Pf. einschließlich Postgebühren. Einzelhefte 20 Pf. Sonntags und Feiertags 10 Pf. — Interkontinentaler Postzuschlag 15 Pf. — Post-Bestellungsliste Seite 34.

Nr. 48.

Magdeburg, Freitag den 26. Februar 1904.

15. Jahrgang.

Agrarische Ausbeutung eines Industrielandes.

Aus Dresden wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Im Königreich Sachsen ist die Landwirtschaft nur noch von geringer Bedeutung. Die landwirtschaftliche Bevölkerung beträgt 1 1/2 Prozent der Gesamt-Einwohnerschaft. Überdies sind die Agrarier, die Großgrundbesitzer die Herrscher in Sachsen. Dank dem Dreiklassenwahlrecht in Verbindung mit der Zusammenfassung der ländlichen Gemeinden in besondere ländliche Wahlkreise haben sie die absolute Mehrheit im Landtag, und die Minister sind ihre ergebensten Diener. Natürlich haben die Agrarier die Klinke der Gesetzgebung nicht umsonst in der Hand. Wie im Reich, so benutzen sie auch im Lande Sachsen ihre politische Macht, um sich auf Kosten der übrigen Steuerzahler die Taschen zu füllen.

Ein wahrhaft klassisches Beispiel von ihrer skrupellos agrarischen Vereicherungs-politik ist die sächsische Schlachtviehversicherung. Sie ist eine geradezu genial erdachte Einrichtung, die Verluste der Viehzüchter aus den Mitteln der Allgemeinheit ersetzen zu lassen. Das geschieht zum Teil ganz offen und direkt, indem die Staatskasse in Anspruch genommen wird, zum Teil aber wird die Brandversicherung des Landes indirekt vorgenommen.

Die staatliche sächsische Schlachtviehversicherung sieht auf den ersten Blick ganz unschuldig und harmlos aus. Ihr agrarischer Pferdeschuh ist erst bei genauerer Prüfung zu bemerken. Nach ihren Bestimmungen müssen sich alle Personen, die Rinder oder Schweine schlachten, gegen Verluste versichern.

Die Beiträge werden pro Kopf des Schlachtviehes gezahlt, und zwar vor der Schlachtung, bei Notzuschlachten vor der Zerlegung des Tieres. Die Beiträge sind nach drei Gefahrenklassen berechnet. Die Entschädigung beträgt 80 Prozent des wirklichen Verlustes. Diese Entschädigung wird zu drei Vierteln aus den Versicherungsbeiträgen, zu einem Viertel aber von der Staatskasse getragen. Der Staat besorgt auch die Verwaltung der Versicherungsanstalt auf seine Kosten.

In diesem Staatszuschuß ist die erste Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Interessenten der Schlachtviehversicherung zu sehen. Da indes auch die städtischen Fleischer der Versicherung angehören, so kann man um dieses Momentes willen noch nicht allein von agrarischer Ausbeutung reden.

Indes sind die Fleischer von der Versicherung trotz der staatlichen Liebesgaben sehr wenig erbaut und sie haben ihre guten Gründe dafür. Sie bezahlen nämlich für die landwirtschaftlichen Versicherten die Entschädigungen, erhalten aber selbst nur einen kleinen Teil ihrer Beiträge als Entschädigung zurück. Die sächsische Viehversicherung sichert die landwirtschaftlichen Viehzüchter vor Verlusten auf Kosten der Fleischer oder besser gesagt, da die Fleischer die Kosten durch Erhöhung der Fleischpreise wieder einzubringen suchen, auf Kosten der Fleischkonsumenten, also der Allgemeinheit. Wobei freilich die Fleischer insbesondere auch nicht ungerührt davonkommen, da die Verteuerung des Fleisches den Konsum beeinträchtigt.

Wieso aber die Fleischer bei dieser Art der Versicherung die Leidtragenden und die Landwirte die Begünstigten sind, das ergibt eine kurze Untersuchung. Der Versicherungsbeitrag ist unmittelbar vor der Schlachtung zu zahlen, ganz gleich, wer das Tier schlachtet oder aus welchem Grunde und zu welchem Zweck es geschlachtet wird. Nur wenn schon durch den Beschauer des lebenden Tieres festgestellt wird, daß das Fleisch ungenießbar ist, kann es nicht versichert werden. Bei diesem Zustande müssen natürlich die meisten Beiträge von den Fleischern geleistet werden, da sie die meisten Tiere schlachten. Sie schlachten aber meist gesunde Tiere, da sie sich nach Möglichkeit vor dem Ankauf kranker Tiere hüten. So kommen sie verhältnismäßig selten in die Lage, Entschädigung von der Versicherung zu verlangen, denn Anspruch darauf haben sie nur dann, wenn das Fleisch des Tieres unbrauchbar oder doch minderwertig ist; sind nur einige Teile unbrauchbar, so gibt es keine Entschädigung.

Die Landwirte dagegen schlachten, von den Schlachtungen für den eignen Konsum abgesehen, meist Tiere, die sie wegen Minderwertigkeit nicht verkaufen können oder die erkrankt sind und deren Ende durch eine Notzuschlachtung beschleunigt werden muß. Bei solcher Art von Schlachtungen sind natürlich die Fälle, in denen das Fleisch für minderwertig oder gar unbrauchbar erklärt werden

muß, verhältnismäßig zahlreich und so kommt es, daß die Fleischer, die viele Prämien zahlen, wenig Entschädigungen, die Landwirte, die wenig Prämien zahlen, viele Entschädigungen erhalten. Ausgleichende Gerechtigkeit zugunsten der notleidenden Landwirtschaft!

Daß die Landwirte bei der Beurteilung der Frage, ob ein Stück Vieh noch versichert werden kann, oder ob das Fleisch schon vor der Schlachtung als ungenießbar festzustellen sei, sowie bei der Berechnung des Schadens nicht zu kurz kommen, dafür sorgt die Zusammenfassung der zur Schätzung berufenen Organe. Diese für jede Gemeinde von der Gemeindebehörde einzusetzenden Ortsausschüsse bestehen nämlich aus einem Vertreter der Ortsbehörde, zwei Viehbesitzern und einem Tierarzt. Da der Vertreter der Ortsbehörde auf dem Lande natürlich Agrarier ist, so hat die notleidende Landwirtschaft in diesen Ausschüssen stets die Majorität. Die Fleischer fühlen sich mit Recht durch diese agrarische Zusammenfassung der Schätzungsausschüsse, vor denen ihre Berufsgenossen auf dem Lande und in den kleinen Städten ihre Entschädigungsansprüche geltend machen müssen, besonders beschwert. Es ist vorgekommen, daß solche Ausschüsse ein Stück Vieh, das auf einem städtischen Schlachthof bei der Feststimmung in lebendem Zustand als nicht versicherungsfähig erklärt wurde, weil das Fleisch offensichtlich zur menschlichen Nahrung nicht geeignet sein werde, vor der Schlachtung im Dorfe doch noch versichern ließen und dann für das Pfund ungenießbaren Fleisches 80 Pf. Entschädigung anwiesen. Kein Wunder, wenn in einem landwirtschaftlichen Verein erklärt wurde, die Landwirte hätten nicht mehr nötig, ihre mageren und fehlerhaften Kühe billig zu verkaufen; sie sollten sie schlachten lassen, die Viehbesitzer hätten die Entschädigung.

In der Tat machen die Landwirte bei der Sache ein glänzendes Geschäft. Im Jahre 1900 wurden 635 463 Mark an Versicherungsbeiträgen gezahlt. Darunter sind für Notzuschlachten geleistete Beiträge im Betrage von 16 885 Mark. Die Gesamtsumme der Entschädigungen betrug 633 698 Mark, davon für notgeschlachtetes Vieh gezahlt — 324 855 Mark. Das ist mehr als die Hälfte aller Entschädigungsgelder. Die notgeschlachtenden Landwirte zahlten also an Beiträger 16 285 Mark, und erhielten an Entschädigungen 324 855 Mark.

Wenn bei den Fleischern ebenso viele Notzuschlachten vorkämen wie bei den Landwirten, so wäre dagegen nichts weiter zu sagen. Da das aber nicht der Fall, sondern die Notzuschlachten fast ausschließlich von den Landwirten vorgenommen werden, so ist die ungeheure Differenz zwischen den Beiträgen der Notzuschlachtenden und den ihnen gewährten Entschädigungen fast ihrem ganzen Betrage nach harter Gewinn für die „notleidende“ Landwirtschaft auf Kosten der Fleischer und schließlich der Fleischesser.

Zudem: die Notzuschlachten, die Entschädigungsansprüche im Besolge haben, steigen, je mehr das Gesetz sich einbürgert. In der Session 1897/98 — gleich nach dem Wahlrechtsraub — wurde es geschaffen. 1902 waren unter 25 721 Tieren, für die Entschädigung gezahlt wurde, schon 15 496 Notzuschlachten. An Beiträgen wurden für diese notgeschlachteten Tiere 80 845 Mark gezahlt, Entschädigungen aber im Betrage von 1 014 770 Mark. 1901 zahlten die Agrarier 4,4 Prozent der Beiträge, facten aber 63,3 Prozent aller Entschädigungen ein. Und demnach haben sie die Versicherung in Anspruch genommen, daß 1902 ein Defizit von 187 153 Mark entstand. Um den Bankrott zu vermeiden, wurden die Prämien von 7 Mark auf 10,50 Mark für Kühe und von 40 Pf. auf 75 Pf. für Schweine erhöht.

Man kann es den sächsischen Fleischern nicht verdenken, wenn sie diese staatliche Viehversicherung zu allen Teufeln wünschen und fordern, daß man sie aus derselben herauslasse und ihnen anheimstelle, sich selbst gegen Viehverluste zu versichern, was sie viel billiger machen könnten, als die staatliche Viehversicherung mit dem agrarischen Danaidenfaß es ihnen ermöglicht.

Aber die Frage geht nicht bloß die Fleischer an. Die sächsischen Steuerzahler, soweit sie nicht Agrarier sind, haben Grund zu lebhafter Beschwerde über die vierte künstliche Fleischverteilung in Sachsen. Drei sind nämlich außerdem noch da: die Reichs-Viehzölle, die sächsischen Referat-Abgaben von eingeführtem Vieh und schließlich die in manchen Gemeinden, so Dresden, bestehenden städtischen Eingangsabgaben von Vieh und Fleisch.

Man wird nach alledem begreifen, daß in manchen Gegenden Sachsens, namentlich in den Webergenden, Sundeisfleisch als Bederbissen gilt! Fürwahr,

in Sachsen muß der Minderbemittelte entweder Vegetarier oder — Sozialdemokrat werden!

Demnächst wird eine Petition der sächsischen Fleischer-Vereinigungen gegen die Schlachtviehversicherung im Landtag zur Verhandlung kommen. Es wird ein ergötzliches Schauspiel sein, die „mittelstandsrettenden“ Konservativen über die Segnungen der Schlachtviehversicherung reden zu hören. Sie dürfen immerhin stolz auf dies ihr Werk sein. Selten ist wohl mit solcher Findigkeit und mit solchem Raffinement unter dem Deckmantel einer gemeinnützigen Einrichtung die Allgemeinheit so ausgiebig zugunsten einer kleinen Minderheit geschöpft worden, wie es durch die sächsische Schlachtviehversicherung geschieht. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 25. Februar 1904.

Das letzte Mittel.

Wenn alles nichts hilft, die lästigen Sozialdemokraten aus dem Reichstag fernzuhalten, probiert man's halt einmal mit der Kassierung ihrer Mandate. Die Etikette ist gefunden: amtliche Wahlbeeinflussung.

Mit dem Mandat des Genossen Heinrich Braun-Frankfurt begann der neue Feldzug gegen die Arbeiterpartei. Es wurde von der Kommission für ungültig erklärt, weil ein hoher Beamter gegen ihn, für den konservativen Kandidaten seine Unterschrift gegeben hatte. Das war eine amtliche Wahlbeeinflussung. Die bürgerlichen Parteien hatten nichts so sehr wie amtliche Wahlhilfe, weil sie zumeist von ihr zehren und leben. Seiner mußte der Antrag der Wahlprüfungskommission vom Plenum an die Kommission zurückverwiesen werden, weil man nicht wollte, daß der Antrag, das Mandat dem Zentrum zu denken gab, über den Antrag wird wiederkommen.

Inzwischen hat sich die Kommission auf einen andern roten Sünder gestürzt, den Genossen Buchwald, der in Sachsen-Altenburg in der Hauptwahl mit 586 Stimmen absoluter Mehrheit gewählt worden ist. Seine Wahl wurde ebenfalls glatt für ungültig erklärt. Grund: ein altenburgischer Minister hatte in einer Versammlung den konservativ-agrarischen Kandidaten für ungeeignet erklärt. Das ist in den Augen der Kommissionmehrheit eine amtliche Beeinflussung zugunsten des sozialdemokratischen Kandidaten. Denn hätte der Minister nicht sein Urteil über den agrarischen Kandidaten ausgesprochen, ihn in der öffentlichen Meinung nicht herabgesetzt, würde der Vertreter der konservativen Ordnung mehr Stimmen erhalten haben, Buchwald wäre also nicht glatt gewählt worden. Folglich muß Buchwalds Mandat kassiert werden.

Es liegt System in diesen Entscheidungen der Wahlprüfungskommission. Wird es allgemein durchgeführt, so ist die sichere Aussicht gegeben, daß das deutsche Volk aus dem Wählen nicht mehr herauskommt. Wenigstens nicht in denjenigen Kreisen, in denen die Sozialdemokratie siegreich ist.

Das Mittel ist einfach. Man sorgt für eine amtliche Wahlbeeinflussung gegen den Sozialdemokraten für einen der bürgerlichen Bewerber. Ist der Sozialdemokrat reich, so genügt die amtliche Verlautbarung für die Kassation des Mandats. Unterliegt der Sozialdemokrat, so hat der amtliche Apparat seine Schuldigkeit getan und der bürgerliche Gegner kann in den Reichstag gehen.

Im ersten Falle kommt Neuwahl so lange, bis — ja, dies bis! — etwa bis die sozialdemokratischen Wähler des Wählens müde geworden und zu Hause bleiben? Die Bürgerlichen scheinen sich mit dieser Hoffnung zu tragen. Sie dürfen die Versicherung entgegennehmen, daß sie sich gründlich täuschen.

So nett dies letzte Mittel der Sozialistenbekämpfung eronnen ist, es wird sich nicht gegen uns, es wird sich nur gegen die richten, die es erbracht haben und in Anwendung bringen.

Den Wählern der Wähler kann nicht oft genug gewährt und gewählt werden! —

Bubbe will es!

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses unterhielt der Eisenbahnminister Bubbe am Mittwoch die Mitglieder wieder ein Weilchen über seine erfolgreiche Bekämpfung der Sozialdemokratie. Nach einem Bericht bürgerlicher Blätter lobte er sich wie folgt:

Den Eisenbahnern stehe die absolute Koalitionsfreiheit nicht zu. Der Minister sei verpflichtet, vor dem König und dem Lande einen ordnungsmäßigen Betrieb zu führen. Das Personal müsse in der Hand der Verwaltung sein. Daher dürfe kein Eisenbahner Mitglied der

Sozialdemokratie sein; einem solchen müsse ge-
kündigt werden. Diese Kündigung habe früher 21, später
am 27 Arbeiter getroffen. Ein Arbeiter habe
„gestrichelt“. Es fand sich bei ihm, der „Vertrauensmann“
war, ein Notizbuch mit 27 Namen von Arbeitern, die der
Sozialdemokratie angehörten. Diese seien entlassen worden.
Es geschehe dies zum Schutz der Arbeitswilligen
selbst, die man verhindern müsse, brotlos zu werden. Sozial-
demokraten gehörten nicht in die Staats-
Verwaltungen. Dieser negativen Fürsorge entspreche
die positive Tätigkeit für die Arbeiter. Trotz der Verheißung
der Sozialdemokratie werde sie stetig fortgesetzt. Die Sozial-
demokratie mache in der Eisenbahn keine Fortschritte trotz
heftigster Agitation. Die Sozialdemokraten erstrebten eine
internationale Organisation, da sei die Gefahr besonders auch
für den Fall eines Krieges groß.

Wenn sich mit Worten die Sozialdemokratie toischlagen
ließe, lebte sie längst nicht mehr. Wenn sich mit Verboten
eine Ueberzeugung ausmerzen ließe, wäre längst der letzte
Eisenbahner gesinnungstüchtiges Mitglied des gesinnungs-
tüchtigsten Arbeitervereins geworden. Da Verbot auf Verbot,
Nebst auf Rede, Broschüre auf Broschüre folgt, könnte selbst
ein Bubbe einsehen, daß alle seine Bemühungen nutzlos sind.
Denn Sozialdemokrat ist nicht nur, welcher als solcher
in den Listen der Wahlvereine verzeichnet steht und der
Polizei bekannt wird. Sozialdemokrat ist in diesem Falle
jeder Eisenbahner, der dann, wenn er Gelegenheit dazu hat,
seine Gesinnung mit dem Stimmzettel betätigt und in anderer
geheimer Weise für die Erringung der Koalitionsfreiheit das
Seine tut. Und von dieser Art Sozialdemokraten hat
Bubbe in „seinem“ „Beamten- und Arbeiterheer“ viele, viele
Tausende.

Er wird je länger je mehr davon erhalten. Seine
Verwaltungspraxis zwingt die Leute, ins Lager der schärfsten
und grundsätzlichen Opposition überzutreten. Nicht der „heftig-
sten Agitation“ der Sozialdemokratie, sondern der heftigen
rücksichtslosen Plündererei auf Kosten der Arbeiter und
Unter- wie Mittelbeamten danken wir die gewaltigen Ziffern
unser Anhängers unter den Eisenbahnern.

Mit diesem System will Bubbe nicht brechen. Im
Gegenteil, er rühmt sich, sein eifrigster Anwalt zu sein, und
läßt sich ob seiner Ueberwachungspraxis von den verkleideten
bürgerlichen Parteien eifrig Wehrhauch streuen. Notgedrungen
muß er sich gefallen lassen, daß die Zahl der Sozialdemo-
kraten unter den Eisenbahnern ständig zunimmt. Und zwar
mit derselben Naturnotwendigkeit, mit der sich Schatten und
Licht bedingen.

Wenn Bubbe daher gelegentlich über die erschreckliche
Zunahme der Sozialdemokraten unter den Eisenbahnern Be-
richt erstattet werden sollte, so mag er sich bei Bubbe als
dem Förderer beschweren.

Denn Bubbe will es! —

Die Lehrseite.

Während Herr Bubbe in diesen Tagen zwischen dem
preussischen Landtag und dem Reichstag hin und her per-
delt, und ihm hier und dort die Ausbeuterparteien mit der
Miene der Sachkenner zu den Riesenproften gra-
tulieren, die die Eisenbahnverwaltung aus der Arbeit
ihrer rechtholosen Angestellten zu ziehen weiß, ist am Anhalter
Güterbahnhof in Berlin wieder einmal ein Bahnarbeiter
den Rangierertod gestorben. Der typische Fall!
In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch war der Mann
damit beschäftigt, einen von der Rangiermaschine abge-
stoßenen Wagen an den Zug zu koppeln und geriet dabei
zwischen die Räder.

Der Mann hinterläßt Frau und Kinder, die, wenn sie
dazu Lust und Zeit hätten, heute mit großem Erstaunen
die Versicherung des Ministers, er sei stets bestrebt, die
Wünsche der Arbeiter zu erfüllen, in der Zeitung lesen wür-
den. Es ist erst unlängst ausgeführt worden, daß die Ber-
liner Bahnhofe wahre Menschenfallen sind.
Würde für zweckmäßige Ausgestaltung der Schleppliste, or-
dentliche Beleuchtung der Anlagen — die meisten Ran-
gierer-Unfälle ereignen sich des Nachts! — würde für recht-
zeitige Ablösung des Personals und geregelte Arbeit ge-
sorgt werden, so ließen sich die Unfälle des inneren Bahn-
betriebes fast bis zum Nullpunkt reduzieren.

Aber das kostet freilich Geld, und das Entzünden der
bürgerlichen Parteien, das Sändeschütteln und Gratulieren
würde ein Ende nehmen, wenn der Staat seinen finanziellen
Erfolg nicht mit dem Leben seiner Angestellten erkaufte. —

Aus dem Klassenhartz.

Jeder die am Mittwoch abgehaltene Sitzung des Junker-
Parlaments wird uns geschrieben:

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Justiz-
Stats fort. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen zwei
Fragen aber besser gesagt zwei Anträge. Ein Antrag Seydel,
der gegen Ausschreitungen des Automobilsports gesetzliche
Maßnahmen verlangte, rief eine längere Debatte hervor, in der
von den Rednern aller Parteien das Leben der Passanten ge-
fährdende übermäßig schnelle Fahren der Automobile ber-
rührt wurde. Obwohl der Justizminister erklärte, daß sein Re-
sultat weniger an der Angelegenheit beteiligt sei, als eine Anzahl
anderer Redner, wurde der Antrag Seydel einstimmig an-
genommen.

Nicht so einmütig stellte man sich einem Antrag Bernth gegen-
über, der die Gleichstellung der Richter im Gehalt
mit den höheren Verwaltungsbeamten, die Einfüh-
rung des Dienstausschusses für die Richter und die Ein-
setzung einer genügenden Anzahl neuer Richterstellen in den
Verlagte. Wegen die beiden ersten Forderungen machten die beiden
konservativen Parteien lebhaft Opposition und ihnen schloß sich
auch der Justizminister an. Die Redner der übrigen Parteien
traten für den gesamten Inhalt des Antrags ein. In der Dis-
kussion wurden die alten Klagen über den Richtermangel,
das Gehaltserniedrigen und die lange Beförderung der Räte- und
Landrichter in verschiedenem Maße laut. Auch der Justizminister
erklärte die Berücksichtigung dieser Klagen an, aber die Richter sollen
bis zur allgemeinen Regulierung der Beamtengehälter warten;
jetzt erlaubt es die Finanzlage nicht. Oberfinanzrat Hellmuth vertrat
den Finanzminister, er wolle die schlechte Finanzlage ganz in gran-

und das Schredgespenst einer Erhöhung der Einkommensteuer
an die Wand.
Der Antrag Bernth wurde einer besonderen Kommission
überwiesen. Morgen Fortsetzung. —

Die Schule der Generei-

„Der Sozialismus, die Sozialdemokratie und
die Sozialreform“ lautete das Thema, das die vom
Seminar zu Eisenberg entlassenen jungen Volks-
schullehrer bei der schriftlichen Prüfung aus der Ge-
schichte zu bearbeiten hatten. Es liegt in dem System, daß
derjenige, der im Schimpfen Meister ist, ausgezeichnet wird,
während ein ehrlicher junger Mann, der über die Dinge
vielleicht doch ein wenig anders denkt, als amtlich vorgeschrie-
ben ist, nicht nur mit der Gefahr des Durchfallens, sondern
auch der der Relegation zu rechnen hat.

Es hat aber auch sein Gutes, wenn die jungen Leute
rechtzeitig erfahren, welchem Beruf sie entgegengehen. Für
die Hochschule gilt die Freiheit der Wissenschaft — wenigstens
auf dem Papier. Die Volksschule aber hat sich an die staat-
lich abgestempelte Wahrheit zu halten und den Kindern zu
lehren, daß ihre sozialdemokratischen Eltern Dummköpfe oder
Schurken sind. Die Eltern dürfen dafür bezahlen, die Lehrer
dürfen dafür verhungern, indes die Wahrheit ihren Weg
weitergeht. —

Wollfollage.

Daß Japan mit dem Loschlagen nicht so lange ge-
wartet hatte, bis die russischen Magazine in Ordnung gebracht
und die sibirische Bahn benutzbar gemacht waren, kann die
russische Regierung nicht verschmerzen. Um den Eindruck zu
vervielfachen, den ihre ersten Schlägen hervorgerufen haben,
hat sie sich mit der Klage, Japan habe das Völkerrecht ver-
letzt, an die Öffentlichkeit gewendet.

Dieser Bruch des Völkerrechts soll vor allem darin be-
stehen, daß Japan die Feindseligkeiten vor Erlaß einer Kriegs-
erklärung begonnen habe. Der Erlaß einer Kriegserklärung
wird aber, wie der Völkerrechtslehrer Rivier bestätigt,
längst nicht mehr — wie in Zeiten des Altertums und des
Mittelalters — zur Eröffnung des Krieges für erforderlich
gehalten, und wenn der jetzt viel zitierte Berner den Erlaß
von Kriegserklärungen für unanwendbar erklärt, so ist
damit doch nur gesagt, daß eine bindende Norm nicht besteht.

Die russische Regierung beruft sich ferner darauf, daß
Japan in dem neutralen Korea vor Eröffnung der Feind-
seligkeiten Truppen gelandet habe. Nun ist zwar durch die
bestehenden Verträge die Unabhängigkeit von Korea an-
erkannt, nicht aber dessen Unverletzlichkeit im Kriege.

Der Jwed der russischen Rechtsprechung ist sehr durch-
sichtig. Man ist in Russland begreiflicherweise sehr aufgeregt
darüber, daß der japanische Angriff die russische Flotte voll-
kommen unvorbereitet traf und daß es den Japanern ge-
lungen ist, sich in Korea eine sichere Operationsbasis zu
schaffen. Jetzt will man die Welt glauben machen, daß
nicht russische Trägheit, Dummheit und Unsicherheit an
solchen Missetaten die Schuld trägt, sondern daß das
heilige Russland ein Opfer seines erleuchteten Gerechtigkeits-
geföhls geworden sei, das es nach außen wie nach innen
bekanntlich stets zu betätigen pflegt. Dasselbe Russland, das
in dem Verhältnis des Staats zu seinen Untertanen kein
andres Recht kennt als den Despotenwillen, dasselbe Rus-
land, dessen Emiffäre auf dem Balkan mit Dolch, Revolver
und Dynamit arbeiten, dasselbe Russland, das den staats-
und völkerrechtlich gleich verwerflichen Akt des Belgrader
Königsmordes begünstigt hat, spielt heute, Tränen im Auge,
den gerechten Mann, der das Opfer seiner Redlichkeit und
Arglosigkeit geworden sei.

Russland klagt über Rechtsbruch. Der Wolf beklagt
sich über Räuberei. Es muß traurig stehen in Ostasien,
wenn sich Russland auf einmal wieder daran erinnert, daß
es überhaupt ein Recht gibt und im Waffenkrieg, in dem
nach einem alten römischen Wort die Geize schweigen, die
dunklen Bestimmungen eines heuchlerischen Völkerrechts tief-
sinnig kommentiert. —

Deutschland.

* Berlin, 25. Februar. Wie die Scherl-Presse mit-
teilen kann, sollen „zunächst“ vom Reichstag zur Ent-
schädigung für die Herero-Ausbeuter in Südwestafrika
zwei Millionen Mark gefordert werden. Weitere Summen
sollen erst verlangt werden, sobald der Gesamtschaden, der
auf sechs Millionen geschätzt wird, sich genau veran-
schlagen läßt. Erst ziehen die Händler Millionen aus dem
Lande der Schwarzen aus, wenn diese ihnen einen Teil der
Beute wieder abgeben, sollen die deutschen Steuerzahler den
Verlust erleiden. Eine nette Gerechtigkeit, die auf den africa-
nischen Vätern geübt!

— Die Zollbeamten sollen für die Durchführung des
neuen Zolltarifs besonders vorgebildet werden. Dazu soll
eine Hauptlehranstalt für Zoll- und Steuerbeamten
zu Berlin dienen. In ihr sollen die Leiter der in den Pro-
vinzen zu eröffnenden Laboratorien vorbereitet werden, die
ihrerseits die technische Ausbildung des Zolltarifs ermöglichen
sollen. Wie die Blätter melden, werden die Unterrichtskurse
der Laboratorienleiter am 1. März beginnen. Die Eile ist
auffällig. Sieht doch noch lange nicht fest, ob, wann und
was von dem neuen Hungertarif in Kraft tritt. —

— Die Reichstagserversammlung am 16. hannoverschen
Wahlkreis Lüneburg für den Nationalliberalen Jäncke
ist auf Montag den 14. März festgesetzt worden. —

— Der deutsche Scharfmacherbund für das Bau-
gewerbe beschloß die Einführung von Arbeiter-
zeugnissen. Ferner soll dem Reichstag, dem Bundes-
rat, den Parlamenten der größeren Bundesstaaten und den
Magistraten der größeren Städte eine Eingabe zugelaßt
werden, die sich entschieden gegen eine Heranziehung der
Arbeiter bei Ausübung der Kontrolle auf den
Bauwerken ausspricht. Ferner wurde beschlossen, den bisher

größtenteils gescheiterten Versuch der Einfügung der Streit-
klausel in die Bau- und Lieferungsverträge an Staats-
und Kommunalbehörden zu wiederholen. —

* Wetzlar (D.-Schl.), 24. Februar. Vor der hiesigen
Strafkammer begann heute die auf drei Tage angelegte
nochmalige Verhandlung gegen 22 wegen des Saurhütter
Wahlkreiswahl Angeklagte, die mit Erfolg gegen das Ur-
teil vom 19. September Revision eingelegt hatten. Von den
22 waren 12, darunter der Vater und der Bruder des
Reichstagsabgeordneten Korfanty, zu Freiheitsstrafen
verurteilt worden, während die übrigen Geldstrafen er-
halten hatten. 88 Angeklagte hatten sich bei dem Urteil
berühigt. —

* Gumburg, 24. Februar. In der heutigen General-
versammlung des Liberalen Vereins, der Liberale aller
Schattierungen zusammenschloß, kam es zu lebhaften Ausein-
anderetzungen zwischen Liberalen und National-
sozialen. Der größte Teil des bisherigen Vorstandes legte sein
Amt nieder mit der Begründung, daß durch den Eintritt der
Nationalsozialen in den Liberalen Verein ein Zusammen-
arbeiten in liberalem Sinn unmöglich gemacht sei. Niemand
will man sie haben, die Naumannianer. —

* Lübeck, 24. Februar. Der gestern nach Schönberg
berufene Landtag des Fürstentums Ratzeburg war zum
85. Male nicht beschlußfähig, da trotz zweier Neu-
wahlen die bürgerlichen und bürgerlichen Abgeordneten nicht
erschienen waren. —

* Dresden, 24. Februar. Die Regierung erklärte
sich heute in der Zweiten Kammer bereit, ein Gesetz über
die Befreiung des Kontraktbruchs landwirt-
schaftlicher Arbeiter und deren beteiligten Gesinde-
agenten und Arbeitgeber zu erwägen. Danach lehnte
Minister v. Meisch es ab, auf die Kündigung der Handels-
verträge hinzuwirken. Die Regierung trete wie früher
dafür ein, daß für Industrie und Landwirtschaft ein ge-
bahrer Mittelweg in den Handelsverträgen gefunden werde.
Wenn es aber sich darum handelt, für die landwirtschaft-
lichen Arbeiter die volle Sklaverei einzuführen, besinnt
sich die Regierung nicht lange. Wird doch Preußen mit
dem guten Beispiel vorangehen! —

Ungarn.

Die Polizei geht gegen die sozialdemokratischen
Parteiorgane mit einer selbst hier unerhörten Härte vor.
Die Parteiblätter werden fast täglich konfisziert. Es
erzürte, wie schon kurz gemeldet, die Verhaftung des Redakteurs
der sechsten Ausgabe der „Volksstimme“, Gabriel Hlavanitsch,
der der Veranlassungen der jugungarischen sozialistischen Kund-
gebungen beschuldigt ist. Auch im Pariser Komitat sind mehrere
Verhaftungen von Genossen erfolgt die einer „Verchwörung“
gegen Ungarn beschuldigt sind. Nach dem Biharer Komitat wurden
größere Abteilungen Gendarmerie geschickt. —

Frankreich.

Man meldet aus Dijon, daß mehrere Semina-
risten sich geweigert hätten, die Priesterweihe aus der Hand des
Bischofs von Dijon zu empfangen und über die Gründe ihres Ver-
haltens dem Bischof Auskunft zu geben. Als fünf von ihnen
strafweise entlassen wurden, erklärten sich weitere 70 Seminaristen
mit den entlassenen solidarisch und verließen ebenfalls das
Seminar. Der Bischof de Nordez ist als regierungsfreundlicher
republikanischer Bischof bekannt; er gehört zu denen, die den Ein-
spruch der Bischöfe gegen die Politik des Cabinets Combes nicht
unterschieden haben. —

Nordamerika.

Der Senat genehmigte den Panamakanal-Vertrag
mit 68 gegen 14 Stimmen. Damit ist der Vertrag ausführbar ge-
worden. Die Regierung brachte auch zugleich einen Gesetzentwurf
ein, der die Verwaltung des Kanalgebiets regeln und den Schutz
der Kanalbauten sichern soll. Ein Infanterie-Regiment hat Be-
fehl erhalten, sobald als möglich von New-York nach Panama
abzugehen, um die dort stationierten Seesoldaten abzulösen. —

Der russisch-japanische Krieg.

Bei dem bergigen Gelände und der ungünstigen Jahres-
zeit wird gegenwärtig ein Tagemarsch der beider-
seitigen Truppen auf höchstens 3 bis 3½ deutsche
Meilen zu veranschlagen sein. Unter Zugrundelegung dieses
Maßes haben die Russen von ihrer Eisenbahnbasis bei Liao-
Yang bis zum Zalu zehn Tagemarsche. Für die Japaner
kommen in Betracht die Marsche von Seoul bis zum Zalu
21 Tagemarsche, von Genjan nach Seoul zehn Tagemarsche,
von Masampo und Fusan sechzehn Tagemarsche. Auf allen
genannten Routen liegen Telegraphen, so daß die Position
der beiderseitigen Streitkräfte jeden Augenblick bekannt
sein kann.

Die russische Flotte von Port Arthur verhält sich
gänzlich passiv. Die Einfahrt in den Golf von Petchili ist
so gut wie blockiert. Weitere russische Streitkräfte sind in
der Nähe von Andschu in Korea aufgetaucht. Die Nachricht
von einem russischen Siege vor Port Arthur stellt sich
als Erfindung heraus.

Russen gegen den Jarisismus.

Überhundert russische Studenten und Studentinnen
der Universität Bern fassten eine Resolution, welche die Forderung
auspricht, daß die revolutionären Elemente Russlands sich mobilisieren
und den russischen Krieg gegen Japan zu einem Kriege der russischen
Volksmassen gegen das offizielle Russland gestalten. Die Resolution
schließt mit den Worten: „Nieder mit dem Jarisismus! Es lebe der
internationale Sozialismus!“ —

Letzte Nachrichten.

Hd. Paris, 25. Februar. Aus einem Gespräch mit dem
Grafen Bälou publiziert der „Petit Parisien“ folgende Äuße-
rungen des deutschen Reichstagslers: Die Fortdauer der guten Be-
ziehungen zu Russland entspreche den deutschen Gewohnheiten und
habe keine Spitze gegen England und hindere Deutschland nicht, den
bemerkenswerten Plan der Japaner anzuerkennen. Deutschland habe
alles Interesse daran, daß das den status quo in Europa garan-
tierende Bündnis des Dreihundes und des Zweihundes erhalten
bleibe. Unter dem Worte „deutsche Weltpolitik“ sei nämlich deutsche
Erwerbungsolitik verstanden worden, Deutschland sei neutral und werde
es bleiben. —

Beilage zur Volksstimme.

Mr. 48.

Magdeburg, Freitag den 26. Februar 1904.

15. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(41. Sitzung.)

Berlin, 24. Februar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dudge.

Die zweite Etatberatung wird fortgesetzt beim

Etat der Verwaltung der Eisenbahnen.

Abg. Erzberger (Str.) wünscht eine jährliche Ueberprüfung über die Urlaubszeit, die Arbeitszeit und die Höhe der mittleren und unteren Beamten der eisenbahnrings Eisenbahnen. Die Arbeitszeit sei vielfach noch zu lang. Auf sechs Arbeitstage soll immer ein Ruhetag kommen. (Bravo! i. Str.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freis. Vp.): Ich möchte den Herrn Minister um eine authentische Erklärung darüber bitten, welchen Kategorien seiner Arbeiter er das Koalitionsrecht zuerkennt. In Preußen —

Präsident Graf v. Helldorf (unverbunden): Ich bitte Sie nicht auf die preussische Eisenbahnverwaltung einzugehen. Wir beschäftigen uns mit den Reichseisenbahnen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen: Ich wollte eben die Brücke schlagen.

Präsident Graf v. Helldorf: Bitte, schlagen Sie die Brücke. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Infolge der Personalunion zwischen Preußen und den eisenbahnrings Bahnen würde eine solche Erklärung für beide Verwaltungsgebiete authentisch sein.

Abg. Riff (Freis. Vp.): Für Elsaß-Lothringen haben die Ausführungen des Herrn Vorredners wohl nur prophylaktische Bedeutung, da dort das Koalitionsrecht der Eisenbahner bisher nicht beschränkt worden ist. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch h. d. Soz.) Redner tritt des weitern für Aufhebung der eisenbahnrings Eisenbahnbeamten ein. Die Tarifverhandlungen in den süddeutschen Staaten sollten auch in Elsaß-Lothringen eingeführt werden. Die 4. Klasse sollte modern ausgestattet und auch in die Schnellzüge eingestellt werden. (Bravo! links.)

Preussischer Eisenbahnminister Dudge: Ich freue mich konstatieren zu können, daß ich manches für die Beamten und Arbeiter der Reichseisenbahnen habe bessern können. Freilich, wünschlos stehen die Beamten der Verwaltung wohl noch nicht gegenüber. (Heiterkeit.) Das Personal besteht ja aus Menschen, und ich möchte kaum wünschen, daß die Menschen wünschlos werden. (Heiterkeit.) Die Zahl der Ruhetage ist um 54 Prozent erhöht, die Zahl der dienstfreien Sonntage um 61 Prozent. Viele Wünsche der Arbeiterausschüsse sind auch bereits erfüllt. Die Arbeiterwohnungen sind vermehrt worden. Die vierte Klasse ist in Elsaß-Lothringen noch nicht eingeführt, nur die von Preußen in Elsaß-Lothringen einlaufenden Wagen vierter Klasse dürfen bis an die Grenze weiter benutzt werden.

Abg. Willberger (El.) wünscht bessere Verbindung zwischen den Rheinlanden und der Pfalz.

Abg. Dr. Dahle (Str.) betont gegenüber dem Abg. Riff, daß die Unterbeamten der Reichseisenbahnen besser gestellt seien als bei den übrigen Eisenbahnverwaltungen. Dagegen sei das Wagenmaterial schlechter.

Abg. Schumberger (nll.): Die Wünsche der einzelnen Beamtenkategorien auf Verbesserung müssen gründlich geprüft werden. Redner trägt eine Reihe von Einzelwünschen vor.

Vizepräsident Graf Stolberg rüht die Glücke; der Redner dreht sich mit ungläublicher Gleichgültigkeit um, legt beide Hände auf die Lehnen und läßt sich zurücklehnen. (Stürmische andauernde Heiterkeit.)

Vizepräsident Graf Stolberg (mühsam ernst bleibend): Herr Abgeordneter, ich würde Sie nur bitten, diese Dinge bei den einzelnen Titeln vorzubringen. (Heiterkeit.)

Abg. Schumberger (fortfahrend): Ich fahre nun weiter (gr. Heiterk.) und sage: Der Herr Minister hat mich vor zwei Jahren als ein bescheidenes Rekl bezichnet. (Stürmische Heiterkeit.) Das hat mich zwar etwas gekitzelt (erneute Heiterkeit), aber ich muß doch meine damaligen Wünsche wegen der Beilegung der Niveau-Übergänge in Elsaß-Lothringen wiederholen. Redner wünscht schließlich Ausbau des Kleinbahnnetzes in Elsaß-Lothringen. Ich hoffe sicher, daß diese Wünsche erfüllt werden, ich habe es natürlich meinen Wählern schon vorher versprochen. (Stürmische, langandauernde Heiterkeit.) Die Bevölkerung wird ungeduldig! Jetzt ist Aussicht, daß es keine 20 Jahre mehr dauert (Heiterkeit) oder höchstens 600 Tage. (Erneute

Heiterkeit.) Redner duckt sich mit tiefer Kniebeuge hinter das Rednerpult zurück und schwingt die geballte Faust des rechten Armes tief nach unten; dann taucht er plötzlich mit heftigem Ruck zu voller Höhe empor und reißt den Arm zur Decke, wobei er in die heftigen Worte ausbricht: „Helfen Sie der Bevölkerung!“ (Allgemeine Vergnügung; stürmisches Bravo! h. d. Rall.)

Abg. Blumenthal (Deutsche Vp.): Der Minister hat Elsaß-Lothringen ein fremdes Land genannt. Man könnte also die heutige Debatte eine Auslandsdebatte nennen. (Oh! rechts.) Wenn der Minister dort die 4. Klasse nicht einführt, so mag er doch die 3. Klasse um die Hälfte verbilligen. (Heiterkeit.) Er meinte, die Arbeiter dürften nicht wünschlos sein. Dann gewähre er ihnen doch im weitesten Umfang das Koalitionsrecht. (Sehr richtig! links.) Dann würde die Unzufriedenheit abnehmen. Redner tritt für Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten ein, damit ihre Frauen nicht mehr zum Verdienst beitragen müssen und beschränkt eine Reihe von Petitionen einzelner Eisenbahnbeamten-Kategorien, die sonst in der Petitionskommission begraben sein würden.

Abg. Hildensbrand (Soz.): Der Herr Minister hat ja sehr viel von seinem Wohlwollen gegenüber seinen Angestellten gesprochen. Wenn aber, wie er sagte, die zwölfstündige Arbeitszeit jährlich nur für 7,2 Prozent der Angestellten vermindert wird, so dauert es ja noch eine Ewigkeit, bis auch nur der zehnstündige Arbeitstag für alle seine Angestellten durchgeführt ist. Auch die Erhöhung der Ausgaben für das Personal von 35 auf 40 Millionen will angesichts des gesteigerten Verkehrs wenig bedeuten. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Verwaltung der Reichseisenbahnen sich den Wünschen der süddeutschen Staaten auf Verbilligung des Tarifs etwas entgegenkommender zeigen würde. Baden hat mit seinen Kilometerbesten eine Wohltat für die ganze Bevölkerung geschaffen. Die Eisenbahnen sollten die Reichseisenbahnen und Preußen folgen. Die Beilegung der 4. Klasse gilt nicht dieser Klasse als solcher, sondern dem 2 Pfennig-Tarif. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Vor allem aber hätte ich eine Aufhebung des Ministeriums aber das Koalitionsrecht der Eisenbahner auch in diesem Hause gewünscht, in dem die Vertreter des allgemeinen Wahlrechts und nicht die des Dreiklassenwahlrechts sitzen. In der materiellen Lage der Eisenbahner sind noch gründliche Verbesserungen notwendig. Wir wollen, daß sie über ihre Person frei verfügen und sich und ihre Familie anständig ernähren können. (Beif. Weisfall h. d. Soz.)

Preussischer Eisenbahnminister Dudge: Ich werde mir alle vorgetragenen Wünsche merken, kann auf Einzelheiten aber erst in der Petitionskommission eingehen. Der Etat ist ein Kompromiß aller Verwaltungen. Auch mir genügt nicht, was ich für meine Angestellten erreicht habe, aber ich werde jederzeit für sie kämpfen, soweit ich kann.

In bezug auf das Koalitionsrecht kann ich nur meine Ausführungen vom 4. März aufrechterhalten. Im übrigen ist die Erörterung der Frage rein theoretisch, da ich noch keinen Koalitionen von Eisenbahnerkategorien entgegengetreten bin. Gegen Bestrebungen, die auf Verbesserung der Lage der Beamten und Arbeiter gerichtet sind, habe ich nichts einzuwenden. — Mit Tarifermäßigungen kann eine so kleine Eisenbahnverwaltung wie die reichslandische nicht gut vorgehen. Die Kilometerbeste halte ich für einen betrieblichen Rückschritt. (Widerpruch links.) In bezug auf die Arbeitszeit hat Herr Hildensbrand mich mißverstanden. In vielen Werksstätten besteht die 9 1/2 stündige Arbeitszeit.

Abg. Wattendorff (Str.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Blumenthal, daß in der Petitionskommission Petitionen unsachgemäß behandelt und begraben würden.

Abg. Wollens (Soz.): Das Koalitionsrecht ist für die Eisenbahner ein berechtigtes Verlangen. Es ist die Eisenbahnverwaltung sich mit den Unternehmerverbänden verbündet und die Arbeiter nach deren Befehlen entläßt, sollte sie auch ihren Arbeitern das Recht der Koalition zugestehen. Diese brauchen es zur Beilegung der vorhandenen Mißstände. Die Unfälle sind bei den reichslandischen Eisenbahnen zahlreicher wie in Nord- und Süddeutschland; nur in Berlin und Danzig ist die Unfallziffer größer. In seinen Angaben hat der Minister relative und absolute Zahlen durcheinander gemengt, so daß kein klares Bild daraus zu gewinnen war. Für die Höhe gibt ja die Unfallziffer auch einen Anhalt. Aus den an Witwen und Getöteter gezahlten Entschädigungen kann man schließen, daß der Durchschnittslohn der Eisenbahner in Elsaß-Lothringen 945 Mark beträgt, so daß also vielfach noch niedrigere Löhne gezahlt werden. Ganz unangebracht ist es, daß die Eisenbahnverwaltung in Zeiten der Krise den Lohn der Arbeiter kürzte, während sie die Tarife doch nicht ermäßigte. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Preussischer Eisenbahnminister Dudge: Von einer Verbindung der Reichseisenbahnverwaltung mit Unternehmerverbänden ist mir nichts bekannt. Bei Betrachtung der Unfälle muß auf die Verletzlichkeit Rücksicht genommen werden; man darf nicht, wie der Herr Vorredner es getan hat, die einzelnen Eisenbahnkategorien vergleichen. Die Unfallziffer ist bei den reichslandischen Eisenbahnen kleiner als bei den nord- und süddeutschen. Alle Behauptungen des Abg. Wollens über die Höhe der Löhne, ihre Abhängigkeit von der langen Dienstzeit und die Herabsetzung der Löhne waren falsch.

Abg. Blumenthal (Deutsche Vp., mit lautem Lachen und Anrede rechts empfangen): Wie komme ich zu solchen Wohlwollen? (Heiterkeit.) Ich habe vorher keineswegs behauptet, daß die Petitionskommission an dem „Begraben“ (Schuld sei. Oh! i. Str.) Ihre Oh! (h. Str.) beweist nicht das Gegenteil, sondern nur Ihre feindselige Stimmung. (Sehr gut! links.) Herr Wattendorff hat sein Recht, ein Verhältnis zwischen der Arbeitskraft der Kommissionsmitglieder und der meikigen zu ziehen; denn er weiß gar nicht, welchen Fleiß ich zuweilen würde, wenn ich Mitglied der Petitionskommission wäre. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Redner polemisiert des weitern gegen das Verlangen des Abg. Schumberger zu einem Expropriationsgesetz zugunsten der Kleinbahnen.

Abg. Wollens (Soz.): Das Schriftstück, das die Verbindung der Reichseisenbahnverwaltung mit den Unternehmerverbänden beweist, trägt zwar die Aufschrift „Geheim“, aber ich hätte nicht gedacht, daß selbst der Chef der Verwaltung davon nichts wüßte. Meine Unfallsberechnung stützt sich auf amtliche Quellen und beweist deutlich, daß die eisenbahnrings Eisenbahner schlechter gestellt sind, als die Eisenbahner im allgemeinen.

Minister Dudge: Mir sind sämtliche geheimen Aktenstücke bekannt, aber von einer Verbindung mit den Unternehmern weiß ich nichts. Die Statistik des Herrn Wollens enthält auch die Unfälle in den Eisenbahnwerksstätten.

Abg. Schumberger (nll.): Die Expropriation ist gewiß ein Unrecht, aber die Sonderinteressen haben auch ihre Grenze. (Beif. Zustimmung h. d. Soz.) Das Allgemeinwohl geht aber Sonderrechte. (Stürmische Heiterkeit und großer Beifall h. d. Soz.)

Abg. Wattendorff (Str., Vorsitzender der Petitionskommission): Von einem „Begraben“ der Petitionen kann überhaupt nicht die Rede sein. Nur ganz geringe Reste bleiben un erledigt. (Bravo! u. Heiterk.)

Abg. Blumenthal (D. Vp.) mit Heiterkeit empfangen: Ich will mich gar nicht auf das Wort „Begraben“ versteifen. Ich bin immer bemüht zu lernen und habe auch heute von den Verbesserungen großen Nutzen gehabt. (Große Heiterkeit.) Abg. Schumberger, der heute zum erstmal als Mann des Fortschritts auftrat, wird hoffentlich auch in seinen Abritten reformieren. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freis. Vp.): Der Minister hat keine authentische Interpretation seiner Äußerungen über das Koalitionsrecht gegeben. Wahrscheinlich kann er es nicht. (Sehr gut! links.)

Damit schließt die Diskussion. Das Ordinarium wird bewilligt. Daraus vertritt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Außerdem: Justizetat. Schluß 6 1/2 Uhr. —

Soziales.

Die neue Konfektionsordnung. Der Reichsanwalt veröffentlicht eine Abänderung der Kaiserlichen Verordnung vom 31. März 1897 betreffend die Ausdehnung der §§ 135 bis 139, § 139 b der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion:

1. Die Bestimmungen der §§ 135 bis 139, § 139 b der Gewerbeordnung finden mit den aus dem Folgenden sich ergebenden Abänderungen Anwendung: 1. auf Werkstätten, in welchen die Anfertigung oder Bearbeitung von Mänteln und Knabenkleidern (Mänteln, Hüften, Westen, Mänteln und dergleichen) im großen erfolgt; 2. auf Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderkleidung (Mäntel, Kleider, Umhänge und dergleichen) im großen oder auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Be-

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Ingenieur Forstmann.

Roman von Wilhelm Segeler.

(61. Fortsetzung.)

Der alte Wärter kroch in seine Leinwandhose und folgte dem Ingenieur, der an der Tür zum Garten rüttelte. Diese war ordnungsmäßig verschlossen. Forstmann wies auf die Fußspuren, die selbst die drei Stufen hinaufführten.

„Sehen Sie! Vor einer Stunde waren die Fußtritte noch nicht da. Also muß jemand aus dem Garten ins Haus eingedrungen sein.“

„Wahrhaftigen Gott! Das sieht ja beinahe so aus.“

„Sie sind doch nicht etwa draußen gewesen?“

„S, wo sollte ich da draußen wohl gewesen sein?“

Forstmann trat in den Garten hinaus. Der Schnee knirschte unter seinen Füßen, die grimmige Kälte stach ihn wie mit Eisnadeln ins Gesicht, in den Baumstämmen, in den vereisten Gebüschen knackte es leise, ein Schauer ging durch die Luft, und es war, als wenn sich das Herz der Erde vor Frost zusammenkrampfte. Die Fußspuren liefen durch den ganzen Garten bis an das Pfortchen, das den Ausgang zu einer kleinen Gasse bildete, die auf die Viktoriastraße mündete. Die Mauer, die den Garten umschloß, war nicht so hoch, daß man nicht hätte darüber klettern können. Wäre das geschehen, so hätten Spuren vorhanden sein müssen. Die Schneedecke auf der Mauer selbst aber war unberührt. Wo mußte der Eindringling durch das Pfortchen gekommen sein. Und zu diesem Pfortchen gab es nur zwei Schlüssel, den einen besaß er, den andern hatte von Anfang an Anna gehabt.

Forstmann kehrte zurück und befahl dem Diener, alle Türen zu schließen und die Schlüssel abzugeben, so daß niemand das Haus verlassen konnte. Dann begannen die beiden vom Erdgeschoss anfangend sämtliche Zimmer zu

durchsuchen. Eine Stunde ging darüber hin, ohne daß sie etwas gefunden hätten. Darauf ging der Ingenieur wieder zu seiner Frau. Lotte sah halb angekleidet bei ihr am Bett. Er wies seine Tochter barsch aus dem Zimmer.

„Um Gotteswillen, was ist geschehen?“ fragte Anna.

„Weißt Du das nicht?“

„Woher soll ich das wissen? Du hast mir ja kein Wort gesagt. Mein Gott, hast Du uns erschreckt, Gustav. Mama ist halbtot vor Angst.“

„So, Du hast Dich erschreckt? Du hastest wohl auch Ursache dazu.“

„Aber was ist denn los?“

Er blickte sie düster an und erwiderte:

„Es ist jemand ins Haus gekommen, der nicht hierher gehört. . . . Jetzt stehe auf! Du hast da zu schlafen, wo Du früher geschlafen hast. Ich habe Dir nicht erlaubt, ein andres Zimmer zu nehmen.“

„Daß mich doch hier,“ sagte sie ängstlich.

Aber er warf die Decke herunter und zog sie aus dem Bett. Sie folgte ihm gehorsam in die gemeinsame Schlafkammer.

Die Nacht verging, ohne daß er ein Auge zutut. Er wußte nicht, ob Anna schlief oder wachte. Aber als er beim bleichen Morgenrauen nach ihr hinsah, begegnete ihm ihre Augen. Der ganze wilde Haß einer gottvergessenen Kreatur brach daraus hervor. Die beiden lagen so nahe beieinander, daß ihr warmer Atem sich mischte. Aber keiner teilte dem andern seine verborgenen Gedanken mit. . . .

Später als gewöhnlich, gegen halb acht, trat Metwes mit seinem Kohlemeiser und einem Arm voll Holz bei Frau Regierungsrat ein, um Feuer zu machen. Die Alte, die nicht so laut sprechen konnte, machte „Pst! Pst!“, worauf er an ihr Bett kam.

„Waren Sie gestern noch so spät aus?“

„S, mo, ich nicht. Das müssen wohl richtige Einbrecher gewesen sein. Ich bin's nicht gewesen.“

„Ich dachte, Sie hätten vielleicht einen Sack Hafer fortgetragen, oder ein paar Flaschen Wein.“

„Nicht so viel!“ erwiderte der Wärter wütend und griff nach einem Holzspahn, auf dessen letztes Endchen er mit dem Finger zeigte.

„Wo waren Sie denn noch so spät?“

„Ich?“

„Sagen Sie's doch ruhig! Ich möchte Ihnen überhaupt einen Vorwurf machen. Wo dann müssen Sie mir auch Vertrauen zeigen. Also Sie sind heute noch spät durch den Garten hereingekommen.“

„Ich habe nur noch ein Glas Bier trinken wollen, und weil die Haustür doch die Sicherheitstür hat, bin ich durch den Garten gegangen. Wenn da was Schlimmes dabei sein soll!“

„Wer sagt denn das? Nur mein Schwiegersohn darf's nicht erfahren, sonst kämen Sie aus Ihrem Dienst.“

Metwes schüttelte stumm den Kopf. Eine Weiße schwiegen die beiden. Schließlich sagte Frau Regierungsrat gerade heraus:

„Mein armer Schwiegersohn ist geisteskrank, das wissen Sie selbst am besten. Wenn ich nicht dazwischen gekommen wäre, hätte er heute nacht meine Tochter umgebracht. Den Revolver hatte er schon aus der Tasche gezogen.“

Metwes grinste.

„Was so einer alles für Fäden im Kopf hat, darauf kommt unfeiner gar nicht.“

„Das sage ich auch! Und deshalb meine ich, er muß schleunigst wieder in eine Anstalt gebracht werden und recht lange drin bleiben, denn gesund wird er doch nicht mehr. Meine Tochter möchte nun gerne — wie die an ihrem unglücklichen Mann hängt, das kann ich Ihnen gar nicht sagen, lieber Metwes, — die möchte also einen Menschen bei ihm haben, auf den sie sich verlassen kann. Da haben wir gleich an Sie gedacht.“

„Ja, ja,“ brummte Metwes, „auf mich kann sie sich getrost verlassen. Das weiß auch der Herr Ingenieur. Ich bin nicht so, daß ich auf meinen Vorteil aussehe.“ (Fortsetzung folgt.)

weiter angefertigt oder bearbeitet wird; 3. auf Werkstätten, in welchen Frauen- und Kinderhüte gefertigt werden; 4. auf Werkstätten, in welchen die Anfertigung oder Bearbeitung von weicher und harter Stoffe erfolgt.

2. Im § 8 Absatz 1 treten an Stelle des vierten Absatzes Bestimmungen: Den übrigen jugendlichen Arbeitern muß mindestens mittags eine einständige sowie vormittags und nachmittags je eine halbstündige Pause gewährt werden. Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, wenn entweder mittags eine einundeinhalbstündige Pause gewährt wird oder die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- oder Nachmittag je vier Stunden nicht übersteigt.

3. Der § 8 Absatz 3 erhält folgende Fassung: Gewerbetreibende, die Arbeiterinnen über 16 Jahre auf Grund der vorstehenden Bestimmungen über die im § 4 Absatz 1, 2 festgesetzte Zeit hinaus beschäftigen, sind verpflichtet, an einer in die Kugeln fallenden Stelle der Werkstatt eine Tafel auszuhängen, auf der jeder Tag, an dem Ueberarbeit stattfindet, vor Beginn der Ueberarbeit einzutragen ist.

4. Der § 8 erhält folgende Fassung: Auf Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1904 in Kraft.

Die „gesicherte Existenz“ des Arbeiters bis ins hohe Alter hinein! Bis zum Skelett abgemagert und fast völlig verhungert wurde am Sonntag nachmittag in seiner Wohnung, Fischerstraße 22, in Frankfurt a. O. der 66jährige frühere Arbeiter, jetzige Rentener empfänger Schattschneider aufgefunden. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus überführt, wo er kurze Zeit darauf verstarb.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. Februar 1904.

Nachahmendwert. Die Firma Garrett Smith u. Co. läßt am Sonntag durch alle großjährigen Arbeiter ihrer Fabriken in Budau und Sudenburg einen Arbeiterausflug wählen, welcher derartig zusammengestellt ist, daß alle Werkstätten eine Vertretung in demselben haben. Damit wäre ein Wunsch der Arbeiter erfüllt, der speziell in den Fabrikversammlungen des Vorjahres im Vordergrund stand. Wir geben zu, daß sich mit Hilfe desselben manche Plage der Arbeiter beseitigen lassen wird, ohne daß man erst die Öffentlichkeit anrufen muß. Das wird allerdings davon abhängen, ob Leute gewählt werden, die Verständnis und Mut für eine derartige Aufgabe haben und welche Stellung Chef und Betriebsleitung zum Nachschuß einnehmen werden, wenn dieser wissenschaftliche Pflicht erfüllt.

Eine Stichprobe aus der Metallindustrie. Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung besaßte sich am Sonntagabend in der „Reißer Bierhalle“ mit den Arbeitsverhältnissen der Fabrik von Polte, Pontherrschradwerke und Köhlig u. König. Nach einer allgemeinen Schilderung der Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie ging der Referent Brandes zur Besprechung der Verhältnisse in den obigen Betrieben über. Bei der Firma Polte ist es den Arbeitern trotz der Garantie durch die Gewerbeordnung fast unmöglich gewesen, sich eine Organisation zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen zu schaffen. Große Abzüge überal, speziell in der Zählerei, im Arznenstand und in der Geschäftsführerfabrik. Die Reinerhaltung: „Es ist nicht post!“ — mit einem entsprechenden Bild nach der Art ist nicht nur bei den Meistern beliebt, sondern wird auch von Herrn Köhlig angewandt, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob jemand schon 10 und mehr Jahre dort tätig ist. Dazu eine unvermeidliche Zwickerei, obwohl die niedrigen Arbeitspreise so schon die

Schuld an den intensiven Arbeit zwingen. Im Durchschnitt ist es am liebsten. Jede Arbeit ist also, jedoch nur bis zur Fertigstellung. Nach Meinung des Meisters Köhlig braucht keine Werkstatt keine Rücksicht zu sein. Das hat auch noch kein Mensch verlangt; wohl aber muß so viel Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter genommen werden, daß der Einzug der heißen Dämpfe aus der Höhe in die Werkstatt, zum Schaden der Arbeiter und der Werkzeuge, verhindert wird. Der Patronensabell herrscht das Programm, mit dessen Hilfe es den Schwestern abgibt wird, aber nur auf geringen Lohn etwas höher zu bringen. Dies ist, aber nur auf Kosten der 10 bis 15 Arbeiterinnen, die jeder Schloffer zur Hilfe hat. Schwere Lasten von 50 bis 60 Pfund werden von den Arbeiterinnen vor dem Beibe getragen. Jedemfalls eine Arbeit, die dem weiblichen Organismus entschieden gefährlich werden muß und die später zu schweren Erkrankungen führt. Die einzelnen Werkzeugmaschinen setzen zu eng, so daß die Bedienung äußerst gefährlich ist. Das sogenannte Hülfstrommel und -Sieben ist äußerst ungesund, desgleichen die Beschäftigung in der Höhe bei Verwendung warmer Schwefelsäure. Dabei erhalten die Leute nur einen Lohn von 30 Pfennig pro Stunde. Die Unzufriedenheit ist daher groß trotz der zwölf Markten à 15 Pfennig und vier Pfennigen, welche den Leuten am 27. Januar verabreicht wurden. Der Frierstunden als Beigabe zu einer Pflanzzeit an jenem Tage sind bis heute noch nicht honoriert. Daß die Abhängigkeit der Arbeiter bemut wird zur Agitation für den Fabrik-Gesangverein, vermindert die Unzufriedenheit auch nicht. Die Zeiten für solche patriotischen Zustände sind vorüber, das hat ja Herr Polte selbst auch schon eingesehen. Abge er seinen Beamten nach dieser Richtung Anweisung geben.

Bei der Firma Köhlig u. König sind es die Verhältnisse in der Reffschmiede, welche die schärfste Kritik herausfordern. Die Leute müssen zum Teil schon vor dem eigentlichen Arbeitsanfang ihre Tätigkeit beginnen, ohne Bezahlung dafür zu erhalten. Nach dem die Leute mal gerade bei ihrer außerordentlich schweren Arbeit, dann bekommen sie von den Meistern die ungesagten Redensarten: Hornochse, Alibi und schlimmere sind an der Tagesordnung. Dementprechend ist auch die Bezahlung keineswegs der geleisteten Arbeit entsprechend, 38 Pf. pro Stunde, und dazu ein nach jeder Richtung hin verwerfliches Lohngebersystem. Die Leute werden heimlich bei jeder Gelegenheit um 1,00 oder 1,50 Mark Zuschuß besprochen. Die derartig Bevorzugten sehen das Unmoralische solcher Handlung kaum ein. Bei der Mehrzahl der Arbeiter wächst jedoch die Erbitterung. Sie fühlen vor allem das Unmoralische der Behandlung durch die Meister, die sich alles dem Arbeiter gegenüber herausnehmen. Sie pfeifen auf den Fingern, wenn sie die Leute rufen usw. Dabei spielen sie außerhalb der Fabrik in roten und blauen Kreuz-Vereinen die Rolle der Humanen. In der Reffschmiede befindet sich auch keine Heizung, nur fünf Rotisdröbe verpesten die Luft, ohne den Raum zu erwärmen. Der Abfluß der Rostes geht in einen Kanal, in welchem auch Retourdampf und heißes Wasser geleitet wird. Dadurch entsteht ein unheimlicher Geruch, auch werden die Leute auf dem Rostfeld durch den aufsteigenden Wogen naß. Eine pünktlichere Lohnzahlung wäre sehr zu wünschen. Bis 1/7 Uhr, also eine halbe Stunde nach Feierabend, und länger müssen die Leute auf ihre wenigen Groschen warten.

In den Pontherrschradwerken sind es hauptsächlich die Verhältnisse mit der Aufschliffe, welche die Kritik herausfordern. Die Leinwand in der „Volksstimme“ mitgeteilte Erregung unter den Arbeitern hat allerdings zu einer Ueberlegung geführt, die jedoch keineswegs den Wünschen der Arbeiter entspricht. Sie wollen eine wirkliche Kontrolle, die durch den einen jetzt zugezogenen Mann auch nicht gelöst werden kann, damit künftig nicht mehr die selbständigen Erzählungen Glauben finden können. Sie wollen, daß auch sie mit zu bestimmen haben über die von ihnen herrschenden Ueberschüsse. Ein Arbeiterausschuß ist notwendig. Dieser würde dann verpflichtet sein, Wünsche zur Sprache zu bringen, wie mit der Badeanstalt; ferner der Arbeit und ihren gesundheitsschädlichen Verhältnissen; vor allem aber der Stangen, die viel zu eng stehen, so daß dies die an und für sich gefährliche Arbeit noch gefährlicher macht. Auch sind die Arbeitspreise zu niedrig, daß zwei Drittel der an den Stangen Beschäftigten jugendliche Personen sind. Wer will sich da noch über die Unfälle wundern. Der Meister Köhlig hat eine entsprechende Antwort. Die Arbeiter der drei Betriebe hätten, ihre Organisation so auszugestalten, daß diese bei ihren Forderungen an die Arbeitgeber, die immer unter voller Berücksichtigung der Geschäftsfrage gestellt würden, anders respektiert werden, als dieses heute der Fall ist. Auch die Diskussion forderte noch Beiträge zu dem oben Gesagten, zugleich mit dem Wunsch des Ausbaues des Deutschen Metallarbeiterverbandes, dem auch das Hoch des Vorsitzenden, Kollegen Reising, bei Schluß der Versammlung galt.

Krupps Monopol bleibt bestehen. Das Landgericht Essen hat die Klage der Rheinischen Metallwarenfabrik auf Lösung des Kruppischen Gebrauchsmusters 174 253, betreffend eine Oberlafette für Hochdruck-Geschütze, kostenpflichtig abgewiesen.

Schulleiern gehören zum Unterricht. Also hat soeben das Kammergericht entschieden. Am Schul-

fest der Stadtschule in Reichen, das im Stadtwalde stattfindend, hatte ein Herr Komorowski seine fünf schulpflichtigen Kinder nicht teilnehmen lassen. Er wurde deshalb wegen Uebertretung einer Regierungs-Bolizeiverordnung vom 15. Juni 1899 zu Geldstrafen verurteilt. Die Verordnung bedroht die Eltern mit Strafe, die nicht für den regelmäßigen Besuch der Schule durch ihre Kinder sorgen. Das Landgericht als Berufungsinstanz bestätigte die Verurteilung und ging davon aus, daß unter den Begriff der Schule auch Schulfeiern und Schulfeste fielen. — Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision mit folgender Begründung: Schulfeste, die einen erzieherischen Charakter haben, seien dem Schulunterricht gleich zu achten. Da nun hier hier feststehe, daß unter dem in Walde arrangierten Spielen sich auch Turnspiele befänden, so hätte der Angeklagte die Kinder nicht zurückhalten dürfen, sondern sie zu dem Schulfest schicken müssen. Er sei somit zu Recht bestraft.

Der Schalttag des Schaltjahres 1904 war der gestrige 24. Februar. Als natürliche Zeitabschnitte boten sich seit dem Anfange der Dinge Tag, Monat, Jahr. Der Tag wurde bestimmt durch die Zeit, die zwischen zwei einander direkt folgenden Kulminationen der Sonne liegt; den Monat begrenzten die verchiedenen Mondphasen und das Jahr bildete die Zeit eines Kreislaufes der Erde um die Sonne. Die Berechnung der Monate und Jahre war aber nicht überall dieselbe; man unterschied Sonnen- und Mondjahre, je nachdem die Erscheinungen des Sonnen- (1) oder Mondlaufes zugrunde gelegt wurden. Die Mondjahre waren von den meisten Völkern zuerst eingeführt; sie zählten ursprünglich 12 Monate zu 30 Tagen. Da aber erkannt wurde, daß der Mondwechsel nur wenig mehr als 29 1/2 Tage beanspruchte, so wurde das Jahr zu 6 Monaten mit je 30 und 6 Monaten je 29 Tagen gerechnet, enthielt also 354 Tage und war mithin 11 Tage kürzer als das Sonnenjahr. Die hierdurch eintretende Verschiebung der jährlich regelmäßig wiederkehrenden Witterungsverhältnisse wirkte bei den meisten Völkern den Uebergang zum Sonnenjahr. Die Ägypter gingen hauptsächlich durch die jährlich unmittelbar nach der Sommer Sonnenwinde eintretenden Ueberschneemungen des Nils veranlaßt, schon früh zum Sonnenjahr mit seinen 365 Tagen über. Es umfaßte 12 Monate mit 30 Tagen und 5 Ergänzungstagen (Schalt-)tagen und begann mit dem Aufgange des Sirius oder Hundsterns. Weil aber auf diese Weise das Jahr immer noch um 1/4 Tag zu kurz gerechnet wurde, mußte sich nach 4 Jahren der Aufgang des Sirius scheinbar um 1 Tag verschoben haben, der der Zeitrechnung gutgebracht, ihr zugeschnitten werden mußte; damit war unser heutiger Schalttag festgelegt. Von Ägypten aus verbreitete sich diese Art der Zeitrechnung über die ganze damals gebildete Welt. Die tägliche Woche, durch Wechsel und Dauer der einzelnen Mondphasen bedingt, ist unalt.

Die Ägypter beginnen ihr Jahr mit unserem 1. März, doch benutzen die arabischen Astronomen für wissenschaftliche Zwecke auch das Sonnenjahr. Die Griechen rechneten ursprünglich auch nach Mondjahren zu 354 Tagen, später nach Olympiaden, deren eine den Zeitraum von 4 Jahren nach dem in Olympia gefeierten Nationalfeste umfaßte und wobei als erste die mit dem Jahre 776 v. Chr. beginnende angenommen wurde. Auch die Römer hatten ursprünglich das Mondjahr mit 354 Tagen, bei dem jedoch 4 Monate 31, 7 andre 29 Tage zählten, der 12. Monat aber nur 27 Tage hatte. Hieran hielten sie bis zum Jahre 46 v. Chr. fest, zu welcher Zeit Julius Cäsar den nach ihm benannten „julianischen“ Kalender einführt, der ein Jahr von durchschnittlich 365 1/4 Tagen festsetzte; diese Bestimmung ging auch auf die Christenheit über. Die Abweichung des julianischen Jahres vom Sonnenjahr beträgt in 100 Jahren 1 Tag; sie veranlaßte den Papst Gregor 13. im Jahre 1582 zur Einführung des gregorianischen Kalenders.

Der Beginn des Jahres war bei verschiedenen Völkern zu verschiedenen Zeiten verschieden. Die Römer begannen es früher mit dem 1. März, später mit dem 1. Januar; die Israeliten wählten dazu den Neumond, der dem Herbstäquinoktium zunächst liegt. Den Tag läßt man mit Mitternacht beginnen und zählt die Stunden in doppelter Reihe von 1—12, in Italien noch hin und wieder von 1—24. Am Rathaus in Götting war noch vor mehreren Jahren eine sogenannte „ganze“ Uhr vorhanden, deren Blätterblatt den Zahlenkreis von 1—24 als Tagesstunden zeigte.

Fahnenflüchter Ventnant. Gegen den Ventnant Walter Pfeffer vom Pionier-Bataillon Nr. 1, zuerst beim Heutigen Pionier-Bataillon Nr. 4, ist nach der „Frankf. Btg.“ die Unteruchungshaft wegen Fahnenflucht verhängt. — Wie uns noch mitgeteilt wird, hat in voriger Woche in der Wohnung des Pfeffer, kurz nach dessen Verschwinden, eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Auch wurde die Wohnung von der Militärbehörde versegelt.

Auf der Jagd nach Arbeit.

Täglich um 4 Uhr fand sich Helene Kunde auf dem Vellealliance-Platz ein, um mit den vielen hundert beschäftigungslosen Arbeitern und Arbeiterinnen Omelette zu bilden, bis die Zeitungsbätter mit dem Arbeitsmarkt zur Verteilung gelangten. Anfangs war sie als eine der ersten am Platz gewesen, eiferfüchtigen Blicks ihre Kondurcentinnen mustend, um dann mit fieberhafter Hast die Angebote zu durchfliegen. Sie kniff, schon im Gehen, mit den Nägeln ein Zeichen in das Papier, an den Stellen, die ihr auszusichtvoll erschienen, um dann im Sturmschritt Adresse nach Adresse aufzulappern. Aber was half es, daß sie zu den ersten gehörte, die sich melbten. Man ließ sie warten, sicherte ihr Beschäftigung. Aber er kam nicht aus irgend welchen ihr unbekanntem Gründen war ihr eine andre vorgezogen. Nun ging sie zu der Verteilung schon in ziemlich resignierter Stimmung. Nur, um nichts unversucht zu lassen, um ihr Gewissen zu beruhigen.

Da fiel ihr eines Tages auf, daß außerhalb der Reihe ein Herr stand, elegant und jung, der sie musterte. Zags blickte sie wieder da, und sie zögerte sich nicht, gerade sie sah er an und lächelte ihr zu und zwinkerte mit den Augen. Sie fühlte, daß sie ihm gefiel. Und wenn sie es nicht gefühlt hätte, der Arbeiter hinter ihr, der stämmige, kleine Kerl, der so sehnsüchtig auf einen Schneefall wartete, um Arbeit zu finden für seine kurzen, fetten Arme, machte sie darauf aufmerksam. „Sei nicht dumm, Mädchen. Ich doch mit dem! Morgen komme Soleier und Kaviar fressen und hast ein Gut mit Straußenfedern.“ Sie hatte für den Sprecher nur einen geringfügigen Blick, trotzdem wurde sie rot. Am nächsten Tag dachte sie bei sich, ob er wohl wieder da sein wird? Wirklich, er ging brühen an der Ecke der Friedrictstraße auf und ab und spähte hinter, wo sich die allmächtige Dame abspielte. Sie konnte deutlich sehen, daß er davon und wann seine Uhr aus der Tasche zog — es war eine goldene mit Springedel, um dann ungeduldig und gelangweilt seine Promenade fortzusetzen. Wenn sie jetzt hinübergehen würde, das würde sie bestimmt, würde er sie anreden. Wesshalb sollte sie ihm nicht entgegenkommen? Natürlich würde sie ihn hochnehmen. Die Liegen zwangig und wichtig Markt dafür. Dann konnte sie es wieder einen Monat ausstellen. Nur noch drei Tage zeichnen oberhalb ihre Ersparnisse. Nein, es war wirklich nichts dabei. Sie würde einfach nicht dran denken, die Augen zu machen und mit ihren Sinnen weit fort sein. Aber dann fiel ihr auf einmal die Worte des stämmigen kleinen Arbeiters aus gestern ein, und unwillkürlich sah sie sich in der Reihe um, ob er vielleicht nicht da lag. Nein, er war nicht da. Galt sei Dank! Sie hatte doch so etwas wie ein festliches Gewissen, aber warum, war ihr nicht klar.

Als sie ihr Blatt zugeleitet bekommen hatte, blühte sie gar nicht erst rein, sondern faltete es zusammen und ging geraden Wegs auf den Herrn zu, frech seine Seitenblinde erwidend. Er wurde verblüfft, denn es waren noch viele Menschen in der Nähe, die sie sehen konnten. Darum wandte er sich um und gab ihr durch Blinde Zeichen, daß sie ihm in die stille Wilhelmstraße folgen sollte. Dort näselte er, während er unauffällig an ihrer Seite schritt: „Endlich hier, Kleine Strabbe?“ Sie warf trotzig ihre Lippen auf: der Schafkopf, was er sich einbildete. Aber sie hörte doch auf seine Vorschläge. Heute könne er nicht. Morgen abend sollte sie ihn besuchen Desselstraße 8a. Um 7 Uhr, wenn es dunkel wäre. Verstanden? Sie nickte und machte Kehrt.

Am nächsten Tage stand drei Reihen vor ihr der Arbeiter von neulich. Einmal, als er sich umwandte, sah er sie und nickte ihr grüßend zu: „Ja dachte, Du hättest Dir verheiratet inzwischen. Es freut mich aber, daß Du noch ledig bist. Schlimme Zeit, was?“ Aufpassen! mahnte der Verteiler. Und bald darauf war der Arbeiter mit der auseinanderstreichenden Menge verschwunden.

Abends um sieben ging Rene Kunde auf der andern Seite der Desselstraße 8a zögernd auf und ab. „Endlich hier? Kleine Strabbe!“ Das Wort fiel ihr ein und ärgerte sie. Und kurz entschlossen machte sie Kehrt und schlug den Weg heimwärts ein. Sie wollte es noch einmal versuchen. Aber dann, meinetwegen, dachte sie, mochte der Stein rollen, wohin er wollte.

Er stand da. Wieder wie beim erstenmal, ganz dinst dabei. Und seine Blide schlenkernden Wortwurde und das Spiel seiner handschönen Hände beriet Ungeduld. Nachher machte er sich an die Seite, heute schon ziemlich ungeriert. „Jetzt laß ich Sie nicht wieder losen, Sie kleiner Ausreißer. Ich nehme Sie gleich mit.“ „So?“ jagte sie, und tat so, als sie lese die Annoncen während des Geigens. Dabei überlegte sie, wie sie ihre Forderung stellen sollte. Viele fallen rein und kriegen gar nichts. Sie wollte nicht zu dumm sein, vorher wollte sie sein Versprechen haben. Jetzt bog sie durch die Passage der Handelsstraße Vellealliance. Er drückte ihren Arm an sich und sagte, sie wäre ein Feuchter einer der Werkstätten hing: „Folgerin gefucht.“ „Einen Moment!“ sagte sie rasch entschlossen und lief in die Gasse. Der Herr blühte ihr verblüfft nach. Nach zehn Minuten kam sie wieder. „Der Dumme!“ dachte sie, als sie ihn im zweiten Hof warten sah. Sie war lustig und parierte seine Worte: „Ich hab' rasch meinen Schatz besucht!“ „Sie kleine Vogel!“ — Ja, eine mit em Besenstiel und em Blasenhaug.“ „Was ist Ihnen eigenlich? Sie sind so fidele?“ „Warum auch nicht? Bei so 'n feinen Herrn, der mir nachher zehn Kaler spendt!“

„Na, na, so lüppig?“
„Sie wollen nicht, mein Herr?“ Sie machte einen kollekten Knix.
„Na, da sind Sie ganz meiner Meinung.“
Sprach, wandte sich, so rasch, daß ihre Röde um ihre runden Hüften schwankten und ging in entgegengesetzter Richtung davon. Sie hatte Arbeit gefunden.
(M. R. in der „B. a. M.“.)

Nach dem Brande von Baltimore.

Die gewaltige Katastrophe, die über die Stadt Baltimore hereingebrochen ist, rückt wieder einmal den Charakterzug des amerikanischen Volkes in ein helles Licht, der die bewogende Kraft bei der Entwicklung der großen Republik gewesen ist. Wir meinen den Tätigkeitstrieb des Amerikaners, der, gepaart mit der Elastizität seines Geistes und dem unerschütterlichen Optimismus, der ihm eigen ist, Unglaubliches in kurzer Zeit zu vollbringen vermag.

Es sind jetzt — so wird der „Frankf. Btg.“ vom 12. d. M. aus New-York berichtet — erst wenige Tage seit dem Brande verfloßen und noch liegt über der Stadt eine dicke Rauchdecke, ja an vielen Stellen muß die Feuerwehr noch Wasser auf die Ruinen werfen, aber schon sind Arbeiter beschäftigt, die eine Fläche von beinahe 80 Hektar bedeckenden Schutt aufzuräumen. Es ziehen Arbeiter aus andern Orten in Scharen gebrauchten Eigentums haben sich zum größten Teil schon mit Architekten in Verbindung gesetzt, um schönere und größere Bauten aufzuführen als je zuvor, die Geschäftsleute, die einen großen Teil ihres Eigentums verloren haben, sind schon in profitorische Quartiere eingezogen und eine Woche nach Ausbruch des Feuers wird schon das Geschäft und das Alltagsleben der „Stadt der Mommente“ wieder seinen gewöhnlichen Gang gehen, als das Feuer noch gar nicht seine Zeitung ergriffen hatte, schon auf einem Auge sah, um in New-York eine vollständige neue Einrichtung zu bestellen. Am Montag, den 8. d. M., kam in Baltimore nur eine einzige Zeitung heraus und auch diese nur vier Seiten umfassend. Aber schon in dieser Nummer fand ihre eröffnet hätten. Am Dienstag waren dann die Blätter schon wieder alle auf den Zeitungsständen zu haben und auf den Annoncenstellen fand man Hunderte von Ankündigungen der Geschäftswelt Baltimores.

Provinz und Umgebung.

Mein-Orterleben, 25. Februar. (Verhaftung.) Bor ein... Tagen ist hier der Schloffer Berlin verhaftet, weil er stark verdächtig ist, Unruhe mit Kindern zu haben. Die Arbeiter der Langenfelde'schen Fabrik werden diesem Verhafteten ob dem ihn betreffenden Schicksalschicksal keine Traue nachweisen.

Wienburg, 24. Februar. (Tippus im Gefängnis.) Kürzlich wurden zwei Handwerker wegen Bettelns im hiesigen Gefängnis eingekerkert, damit sie wegen des gefährlichen Deliktes ihre Strafen verbüßen sollten. Einer erkrankte am Typhus und wurde darum in das Krankenhaus gebracht. Zwei Untersuchungsgefangene wurden in das Untersuchungsgefängnis nach Braunschweig gebracht. Das Gefängnis ist besetzt worden. Vorläufig werden keine Gefangenen in dem hiesigen Gefängnis aufgenommen.

Braunschweig, 24. Februar. (Spitzbüberei auf dem Akerbahnhof.) Vor der zweiten Strafkammer des hiesigen Landgerichts standen der Eisenbahnpraktikant Karl Reinhardt aus Hann.-Münden, wegen zahlreicher Diebstähle angeklagt, und dessen Bruder, der frühere Rivoll-Superintendent August Reinhardt aus Göttingen und der Schneider Hermann Reinhardt aus Elberfeld, der Behälter beschuldigt. Karl Reinhardt war von 1901 bis zum April v. J., wo seine Verhaftung erfolgte, als Eisenbahnpraktikant in Ganderheim tätig, wo ihm die Verwaltung der Güterabfertigungsstelle oblag. Dort hat er nun in 25 Fällen Frachtfässer entwendet, und zwar Tuschfässer im Gesamtwerte von 1152 Mark, 6-7 Fahrräder, eine Nähmaschine, zwei Phonographen, 100 Flaschen Linte, ein Fass Rheinwein, Zigarren- und Tabaksendungen, drei Anzüge, einige Paar Stiefel, einen Satz Jucker u. v. a. Ferner soll K. auch auf dem Bahnhof in Hann.-Münden Diebstehlen in 23 Fällen verübt haben. Die Brüder Karl K. sollen Teile des gestohlenen Gutes an sich gebracht und bei dessen Bewertung mitgewirkt haben, obgleich sie den Umständen nach annehmen mußten, daß die Sachen nicht rechtlich erworben sein konnten. Karl Reinhardt wurde zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, August Reinhardt und Hermann Reinhardt freigesprochen.

Burg, 24. Februar. (Stadtvorordnetenitzung.) Zum Etat der Armenkasse hat die Kämmerei eine Zuschuß von 23 200 Mark zu leisten. Einnahme und Ausgabe schließt ab mit 43 900 Mark; bei der Krankenkasse mit 20 800 Mark. Die Kämmerei schließt zu: 2440 Mark. Die Beiratskasse soll bei einem Etat von 5600 Mark 3050 Mark an die Kämmerei abführen; die Sparte dagegen bei Einnahme und Ausgabe in Höhe von 1464 800 Mark 75 Mark als Beitrag für die Witwen- und Waisenkasse, zu den allgemeinen Verwaltungskosten 3000 Mark sowie für gemeinnützige öffentliche Zwecke 9840 80 Mark, der gleiche Betrag von 9840 80 Mark soll dem Reservefonds zuzuführen. Gesamteinnahme und Ausgabe sind veranschlagt auf 2560 Mark. Beim Etat des Wasserwerkes macht Stadtrat Stange die Mitteilung, daß die Stadt pro Quartal rund 50 000 Kubikmeter Wasser verbraucht. Als Kanalgebühr wird ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben werden. Einnahme und Ausgabe des Kanalisations- und Wasserwerkes balancieren mit 168 400 Mark, die der Wasserwerkens- um. Kasse mit 4225 Mark. Der Etat der 17 in Burg bestehenden Stützungen beträgt 6000 Mark. In den Kämmereikassen-Etat sind zwecks Abtragung für den Rhein-Weser-Kanal wie bisher üblich 30 Mark eingestellt. Herr Hahn ist nach genug, immer noch an das Wort zu glauben; Gebaut wird er doch. (Der Herr scheint die Willenskräfte der Junger genau so gering einschätzen wie die seiner eignen Partei, der freilich nicht, weiß er nicht, daß der Kanal nie die Höhe erreichen wird, sondern nur bis Hannover geplant ist? D. S.)

Für den Neubau der Hebrücke in der Schulstraße sind als letzte Rate 3000 Mark, zur Aufstellung einer zweiten Bedürfniskassette 1000 Mark eingestellt, zur Regulierung des Bürgersteigs in der Kolonialstraße 3700 Mark. Der freiwilligen Feuerwehr soll eine laufende Unterstützung zwecks Anschaffung von Utensilien gewährt werden; die Höhe derselben ist noch festzustellen. Für Instandsetzung der Wege und Kanäle sind 1500 Mark angelegt. Veranlassung hierzu gab die von den Kreisbehörden ergangene Aufforderung, die Wege nach Güter, Höhenwege und sonstigen Straßen endlich einmal zu verbessern.

In gemeinsamer Sitzung gelangen die Anträge der Etat-Kommission zur Annahme, den verbleibenden Gehren bis zum vollendeten 18. Dienstjahre die Mietentföchtigung auf 300 Mark und von da ab auf 360 Mark sowie den städtischen Beamten den Wohnungszuschuß von 5 auf 10 Prozent ihres Gehalts zu erhöhen und die Kanalgebühr auf 100 Prozent festzusetzen.

Gr.-Salze, 24. Februar. (Arbeiterzufuhr.) Die Leitung der Schmelzfabrik von Scheuer scheint sonderbare Ansichten betreffs des Arbeiterzufuhres zu haben. Seit längerer Zeit war nämlich das Getriebe des Fahrstuhls nicht in Ordnung, so daß öfter das Poßteil von der Scheibe herunterfiel und der Fahrstuhl dann bis unter das Hochfuhr. Der mit der Wartung des Fahrstuhls beauftragte Arbeiter, welcher zugleich Begleiter ist, machte beim Direktor die Meldung, daß der Fahrstuhl einer Reparatur bedürftig sei. Es wurde auch zum Dachsteiler geschickt, welcher kam und erklärte, das Poßteil müsse kürzer gemacht werden. An dem darauffolgenden Arbeitstage fiel das Seil wieder herunter und der Auslöschegel zerbrach. Nun erklärte der

Baltimore bedarf keiner Hilfe von außerhalb. Der Major hat dies erklärt. „Gelbstiftel“ ist die Lösung des Amerikaners. Es sind von Menschenhand geschaffene Werte im Betrage von vielleicht 125 Millionen Dollars zerstört worden, dazu kommen Verluste im Betrage von vielen Millionen, die durch Lahmlegung von gewerblichen Betrieben verloren gehen, aber ungeachtet dieser enormen Schädigung, übernimmt es die Stadt, die Wunden, die ihr das Feuer geschlagen, aus eigener Kraft zu heilen. Alles arbeitet Hand in Hand, die Geseßgebung verzögert alle Partei-Unterschiede, in den einzelnen Geschäftsbranchen ist die sonst so wild wüthende Konkurrenz zurückgedrängt und das Volk, das die Straßen füllt, ist ruhiger, ordentlicher als je. Trotz der großen Aufregung bei dieser Katastrophe und obgleich an Tagen, da die Straßen mit Menschen gefüllt sind, erfahrungsmäßig — wie auch leicht verständlich — die Zahl der Verhaftungen zunimmt, hat die Polizei seit dem Feuer weniger Personen einzusperrten gehabt als vorher. Die rauchenden Ruinen werden allerdings von Bundes-Soldaten bewacht, aber wegen der Baltimore' selber hätte man nicht zu dieser Maßregel zu greifen brauchen. Der Zug von Dieben von außerhalb war indessen ein so starker, und die Werte, welche da im Schoße der schwarzen Wüste verborgen liegen, waren so verlockend, daß eine außerordentlich strenge Überwachung wohl am Platze war. In den Ruinen liegt noch Bargeld im Betrage von vielen Millionen, außerdem finden sich große Summen repräsentierende Wertpapiere und Juwelen in den feuergefährlichen Geldschänken, die nun bald ausgegraben werden. Alles in allem vielleicht schätzt man den Wert des in den rauchenden Trümmern verborghenen Eigentums auf 200 Millionen Dollar. Es war ja gerade das Geschäfts- und Bankviertel, das dem Feuermoloch zum Opfer fiel.

Der amerikanische Grundgesetz „Dont cry over spilled milk“ — wegen verschütteter Milch soll man weiter nicht wehklagen — ist bei diesem Brande wieder einmal in die Praxis umgesetzt worden. Wenn, wie im vorliegenden Falle, keine Menschenleben zu beklagen sind, setzt sich der Amerikaner leicht über ein Unglück hinweg. Eine anfängliche Meldung, es seien acht Feuerwehrlente verunglückt, erwies sich als unrichtig. Man fand ein Mitglied der Lösungsunternehmen, einen braven Pennsylvanier-Deutschen namens Eigenrich, den man für tot gehalten, unter Trümmern noch am Leben, und er ist jetzt auf dem Wege der Besserung. Daß bei einem solchen Brande keine Menschen umgelommen sind, steht wohl einzig in der Geschichte da, da selbst bei dem großen Chicagoer Brande, der doch verhältnismäßig langsam vordrang, so daß man hätte glauben können, jeder hätte sich retten können, etwa 400 Menschen ihr Leben verloren.

Wahrscheinlich, er wolle mit dem Fahrstuhl nicht mehr fahren, weil ihm sein Leben zu lieb sei, und erhat sich andre Arbeit. Daraus wurde der Arbeiter ohne Kündigung entlassen. Also wolle sich der Arbeiter Leben aufs Spiel zu setzen, wird er furchterhand entlassen. Der Anspruch auf den Lohn für die 14 tägige Kündigungszeit ist bereits gerichtlich eingeleitet. Außerdem haben wir den Gewerkschaftsleiter gebeten, sich diesen Arbeiterbetrieb einmal genauer anzusehen.

Komm.-Salze, 24. Februar. (Unternehmenssorge.) Vom Kongressrat Alexander wird jetzt auf dem Himmelsberg eine Annullationsbestätigung erteilt. Auf diesem Bau ist aber nicht einmal ein Abort vorhanden, wo die 80 bis 100 Personen ihre Bedürfnisse verrichten können. Die Arbeiter sind deshalb gezwungen, ein Stück ins Feld zu gehen. Vom rein landwirtschaftlichen Standpunkt aus mag das ja richtig sein, vom gesundheitlichen sicher nicht. Daß die Arbeiter sich eine bezahlte Behandlung gefallen lassen, ist bedauerlich. Wie hoffen, daß dieser Hinweis genügt und die Gr.-Salzer Polizei das Notwendige veranlaßt. Den dort auf dem Bau beschäftigten Arbeitern aber rufen wir zu: „Organisiert euch!“ damit ihr euch ein menschenwürdiges Dasein erringt.

Gr.-Salze, 24. Februar. (Spärhunde.) In der letzten Stadtvorordnetenitzung lag ein Antrag des Magistrats vor, für die beiden Nachschuleute je einen Schäferhund anzuschaffen. Der Annullationsdirektor v. Briesen referierte darüber und empfahl das Anschaffen der Hunde aus folgenden Gründen: 1. zum Schutze des Publikums, 2. zum Schutze des Beamten und 3. zur Aufmunterung der Beamten. Der Hauptzweck soll Ausschüßen, Stellen und Baulagen von verdächtigen Personen sein. Ein halbjähriger Hund soll 40-50 Mark, ein jähriger 90-100 Mark kosten, und erkräufte sich durch das Anschaffen der Hunde die Anstellung eines weiteren Nachwachbeamten. Nach Ausdruck des Herrn v. Briesen sind Hunde billiger als Menschen und brauchen auch nicht pensioniert zu werden. Auf Befragen des Stadts. De m t e erklärte der Magistratsabrigent, daß die Hunde dem Publikum besseren polizeilichen Schutzes gewähren sollen. Die Stadtv. Friede, Salomon und Polbrint bekämpfen die Vorlage. Letzterer ist für Anstellung eines dritten Beamten. Die Vorlage wird schließlich, weil nicht genügend geklärt, an den Magistrat zurückverwiesen. Uns erscheint es vorteilhafter, wenn man einmal Hunde anstellen will, daß man sie gleich zum Ausfragen von eventuellen Bölow-Broschüren abrichtet, damit sich künftig der Feldhüter damit nicht zu befassen hat. Aus vorstehendem ist nur zu ersehen, wie notwendig die Wahl von sozialdemokratischen Gemeindevetretern ist.

Halberstadt, 24. Februar. (Eine Straffache gegen den Fleischermeister König aus Wehrstedt.) Die schon einmal bis zum Kammergericht gelangt war, ist jetzt endgültig, wie gestern kurz berichtet, von dessen Strafamt erledigt worden. Das Landgericht Halberstadt, an das die Sache nach einmal zurückverwiesen worden war, verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 45 Mark wegen dreier Vergehen gegen den Halberstädter Gemeindebeschluss vom 30. April 1901, betreffend den städtischen Schlachthof und die Einföhrung von auswärts geschlachtetem frischen Fleisch. Und zwar wurde 1. zur Last gelegt, daß er erstens in seiner Fleischerei zu Wehrstedt ausgegeschlachtetes Fleisch in Halberstadt eingeföhrt und dort feilgehalten habe, o n n e daß er es, wie der Gemeindebeschluss für das eingeföhrte Fleisch verlangt, einer Untersuchung durch den städtischen bestellten Sachverständigen, den Schlachthofdirektor, habe unterziehen lassen. Den Einwand des Angeklagten, er habe das Fleisch vom Kreis-Tierarzt Sundt vor der Einföhrung in Halberstadt untersuchen lassen und die Untersuchung durch den städtischen Sachverständigen wäre deshalb überflüssig gewesen, ließ das Landgericht nicht gelten. Die Vorschrift des Beschlusses der städtischen Körperkassen sei gültig und werde nicht durch die Untersuchung durch einen anderen Sachverständigen erfüllt. Die Untersuchung durch den Kreis-Tierarzt sei deshalb unerheblich gegenüber dem Beschluß vom 30. April 1901. Weiter wurde dem Angeklagten, der einen Laden und einen Stand in der Markthalle in Halberstadt hatte, nachgewiesen, daß er entgegen den Vorschriften des Gemeindebeschlusses das eingeföhrte Fleisch zugleich mit Fleisch, das im Schlachthof der Stadt ausgeschlachtet, feilgegeben hatte, ohne das letztere von letzterem zu sondern und ohne es als eingeföhrtes, frisches Fleisch kennzeichn zu machen. Die Einföhrung ohne nochmalige Untersuchung und das geringe Feilhalten wurden vom Gericht als einseitliche Strafhandlung erachtet. Bezüglich des Strafmaßes führte das Gericht aus, eine Strafe von 45 Mark für die drei feilgestellten Uebertretungen sei angemessen mit Rücksicht darauf, daß Angeklagter trotz wiederholter Verurteilungen wegen der gleichen Uebertretungen hartnäckig gegen die zum Schutze der öffentlichen Gesundheit erlassenen Vorschriften verstoßen habe. I. legte abermals Revision ein. Der Straftat des Kammergerichts verwarf aber diesmal das Rechtsmittel als unbegründet, weil die Verordnung (der Gemeindebeschluss) rechtmäßig und richtig angewendet sei.

Halberstadt, 25. Februar. (Ein schwerer Unglücksfall.) Ereignete sich gestern kurz vor Feierabend auf dem Langenfeld Neubau, Breitenweg. Der Maurerpolier Schulze war damit beschäftigt, einen Bogen auf den Fahrstuhl zu schieben. Infolge unrichtiger Handhabung desselben, stürzte Schulze ungeschützt vom zweiten Stock in die Tiefe. Schwer verletzt wurde der Verunglückte von 2 Maurern in einem Krankenthor nach dem Salvator-Krankenhaus gebracht. Am Dienstag war der Maurermeister Konrad auf dem Neubau und trieb seine Leute zu größerer Eile an, indem er ihnen etwa folgende Worte zurief: „Denkt ihr denn, ihr Bande, es macht mich Spaß, wenn ich jeden Sonntag 1000 Mark ausbezahlen muß!“ Durch die Wortangetrieben, sah sich sogar der Polier veranlaßt, mit Hand ans Werk zu legen. Es läßt sich nun leicht denken, daß eine allgemeine Treiberei Platz griff, in welcher sich das Unglück ereignete.

Osterleben, 24. Februar. (Missstände beim Kabellegen.) Zurzeit wird hier eine neue unterirdische Telegraphenlinie gelegt, die ziemlich umfangreiche Erd-, Pflasterungs- und Schaffungsarbeiten verursacht. Diese werden durch den Steinsetzmeister Gerner ausgeführt. Da dieser die Errichtung einer Baubude wahrscheinlich für einen übertriebenen Luxus hält, müssen die Arbeiter ihr dürftiges Mittagessen mit steifen Fingern auf der Straße einnehmen. Ein mehr als trauriger Anblick! Trotz aufgewandter Mühe, Streikbrecher von Gröningen nach hier zu bekommen, ist ein Erfolg noch nicht zu verzeichnen. Die Steinsetzer aller Orte wollen von vordringendem Notiz nehmen.

Schönebeck, 24. Februar. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag, 21. Februar, tagte bei Saal die Monatsversammlung der Filiale des heizer- und Maschinenvereins. Es wurden vier Neuaufnahmen zugelassen, alsdann die Arbeitslofen- und Sterbeunterstützung erörtert, worauf H. L. T. einen Vortrag über die Notwendigkeit und die Bedeutung der Gewerkschaftskartei hielt. Es wurde beschlossen, daß die Filiale sich dem örtlichen Gewerkschaftskartei angliedert.

Schönebeck, 24. Februar. (Großstädtisches.) Schönebeck scheint Großstadt zu werden, wenigstens laufen verschiedene Anzeichen darauf hinaus. Zum Beispiel haben wir hier einen rasch wachsenden Laternenanzünder, der sein Amt mit größter Präzision ausübt. An verschiedenen anderen Stellen merkt man vom allgemeinen Fortschritt noch nichts. So die Untersuchung des Wahnwerganges, die hier noch bald in Angriff genommen wird. Die Beilegung des Schmutzes an der Gasanstalt, dem Weislebenerweg und der Wilhelmstraße ist auch ein dringendes Bedürfnis. Eine Pflasterung wäre hier sehr notwendig.

Stahlfurt, 24. Februar. (Gewerkschaftskartei.) In der letzten Sitzung fehlten wieder unentschuldig ein Delegierter der Dachdecker und beide Delegierter der Maler; entschuldig fehlten je ein Delegierter der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter, Holzarbeiter und Zimmerer. Nach längerer Debatte wurde der Geschäftsbericht für das verlossene Geschäftsjahr angenommen und beschloffen, denselben drucken zu lassen und die Gewerkschaftsmitglieder gratis zu verteilen. Von dem Annullationsbeamten wurde mitgeteilt, daß das Annullationsbureau seit der letzten Vertreteritzung wieder von 45 Personen 44mal besucht worden sei. Es wurde beschlossen, für 20 Mark Gefessbücher für das Annullationsbureau anzuschaffen. Bezüglich des Herbergsverwehs beantragt die hierfür in der vorigen Sitzung gewählte Kommission, die Zentral-

herberge für die organisierten selbstbenutzenden Arbeiter zum 1. März dem Schwitz-Conrad-Beobachtungs- und eine ständige Beobachtungskommission gewährt werden. 20 Mark. Die nächste Sitzung findet am 18. März statt.

Westerregeln, 24. Februar. (Westerregeln.) Der kanntlich gehen die hier beschäftigten Bergarbeiter, um eine Besammlung zu besuchen, nach dem benachbarten Egel, da hier der Boden für beratige Beratungen noch zu heiß ist. Aber selbst nach Egel hin werden, sobald es richtbar wird, daß etwas beratiges geplant ist, die Arbeiter, Meister und Steiger hinterher geschickt, um zu erfahren, wer von ihren Leuten in der Besammlung auswendig ist. Kaum darauf wird dann fürchterliche Wutereung gehalten. Da wird dann der Betreffenden die Frage vorgelegt, warum sie denn beratige Besammlungen besuchen. Daß es nämlich nicht aus Uebermut geschieht, (weil auch der Grubenverwaltung klar zu sein. Den mit zahlreichen Kindern besegneten wird angeheimgegeben, bei der Direktion um eine außerordentliche Unterstützung anzuhalten. Natürlich machen die wenigsten hiervon Gebrauch, schon um den Nachwirkungen einer beratigen Besammlungen zu entgehen. Auch kommt es hierbei viel auf die Sprache der sog. Vertrauensmänner an. Diefes sind in den meisten Fällen solche, die den Arbeitern von der Direktion als solche erst empfohlen werden. Daß diese „Vertrauensmänner“ es nicht wagen, die Direktion mit irgendwelchen Forderungen zu behelligen, versteht sich von selbst. Dafür befinden sie aber um so eifriger die Besammlungen. Zu welchem Zweck, dürfte nach vorstehendem klar sein. Unter diesen Verhältnissen macht die Organisationsarbeit leider nur langsam Fortschritt. Dazu kommt, daß die Bergarbeiter bedauerlicherweise den wie Pilze aus der Erde schießenden Kundschaften noch ein allzu reges Interesse entgegenbringen. Natürlich sind eine ganze Reihe von Faktoren am Werke, die ein beratiges Beginnen mit allen Mitteln zu fördern suchen, um die Arbeiter vom rechten Wege abzubringen. Daß das auf die Dauer gelingen wird, ist eine andre Frage. Die lange gesundheitschädliche Arbeitszeit (Schicht III mitunter 24 Stunden) und die minimale Bezahlung werden hier genau so wie anderwärts den Ansporn zum gemeinsamen Anschluß an die Organisation bilden. Mühen die Bergarbeiter von Westerregeln dies einsehen, bevor es zu spät ist.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein schwerer Unglücksereignete sich im Neumarkt-Schlachthof in Halle. Bei einem Rundgang durch die Säle fiel dem Defonomen Hille ein harter Gasgeruch auf; er stieg, um zu prüfen, ob anfang zu Befürchtungen sei, ein Streichholz an, worauf unter fußbarem Knall eine Gasexplosion erfolgte, die ihn zu Boden warf und ihm schwere Brandwunden, besonders der beiden Arme, zufügte.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der Kommandantur. Sitzung vom 24. Februar 1904.

Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Dieh. Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Dr. Müller.

Wegen Diebstahls, begangen gegen einen Kameraden wurde der Trainsoldat Gustav Brünneke aus Kameraden zu 3 Wochen strengem Arrest und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt. B. hatte einem Subalternen 3 Mark entwendet.

Wegen Körperverletzung und Widerstands ist der Oberfeuerwerker Hugo W. H. H. angeklagt. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde. In der Nacht vom 16. zum 17. Januar gegen 1 Uhr kam Wohlfaht mit noch mehreren andern Feuerwekern in animierter Stimmung aus dem „Blauen Hecht“ in der Berlinerstraße. Hier auf der Straße belamen sie Streit mit einigen Zivilpersonen, und zwar, wie ein Zeuge auslegt, weil sie die ganze Breite des Fahrdammes einnahmen und die Zivilpersonen nicht durchlassen. Aus diesem Rencontre entwickelte sich eine regelrechte Prügelei, deren Schauplatz die Berlinerstraße, Goldschmiedebude und Dreienbregelstraße wurde. Bei diesem Geze, der ziemlich Dimensionen annahm, sind mehrere Zivilpersonen von den Feuerwekern geschlagen und schwer mißhandelt worden. Als Hauptplattentäter wurde der Angeklagte festgestellt. Durch das fortwährende Rufen seitens der Zivilpersonen wurden die beiden Schupleute Hoyer und Thiele, die in der Dreienbregelstraße waren, auf den Alarm aufmerksam. Hoyer wurde aufgefordert, den Namen des Angeklagten, der von seinen Kameraden inzwischen verlassen war, festzustellen. Hoyer kam diesem Verlangen — wie er angibt — in der schonsten Weise nach. Nach seiner Angabe hat er den Angeklagten wenigstens gesehen, oder achmal nach seinem Namen gefragt, aber nie eine Antwort erhalten. Wo der Beamte energischer wurde, schuppste B. ihn einfach zur Seite. Nachdem der Schupmann die Festnahme versüßte, zog B. den Regen, erklärte, er sei Soldat und lasse sich nicht festnehmen. Auf dem nunmehr erfolglosen Transport nach der Ulrichstraße betrug sich der Angeklagte so, daß er geknelt werden mußte. Unterwegs hat er den Schupmann Hoyer und den hinzugekommenen Schupmann Thiele fortgesetzt getreten, geschossen und seiner Festnahme bedeutenden Widerstand entgegengelegt. Mit Rücksicht auf die Aussage des nächsten Vorgesetzten des Angeklagten, des Majors Drg, der diesem das beste Zeugnis ausstellt, gestaltete sich die Zeugenvernehmung außerordentlich ungünstig für den Angeklagten. Der Vertreter der Anklage hält in Anbetracht der Stellung des Angeklagten eine exemplarische Strafe für geboten, und beantragt deshalb für die Mißhandlung des Zeugen Brandenburger 10 Mark Geldstrafe eb. 2 Tage Gefängnis und für den Widerstand 6 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Guttman, plädiert in längerer Ausführungen für mildernde Umstände und erucht um Festsetzung einer Geldstrafe, da nach seiner Meinung die Mißhandlung aufschiede. Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird unter Zustimmung mildernder Umstände wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu — 160 Mark Geldstrafe ev. für je 5 Mark 1 Tag Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte nimmt die Strafe an.

Bereine und Versammlungen.

Sattler.

Am Sonntagabend den 20. Februar fand bei Thiering eine öffentliche Versammlung der Sattler und verwandter Berufsgeoffenen statt die von ca. 50 Kollegen besucht war. Zum 1. Punkt hielt Kollege W. u. f. Leipzig einen Vortrag über die allgemeine Lage der Sattler Magdeburg resp. wie stellen sich diese zu einer Bewegung. Neben bezeichneter besonde die Arbeitsverhältnisse bei den Klein- und Zwischmeister, wo noch sehr oft eine 12- bis 14-tägige Arbeitszeit herrscht. Der Vortrag wurde sehr heißig aufgenommen. Die Diskussion, die im Sinne des Referats geführt wurde, war sehr lebhaft. Es wurde eine Kommission von 3 Mann gewählt, die mit den Kollegen bei den Kleinmeistern in nähere Föhlung treten soll. Mit einem dreimaligen Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

Bereins-Kalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwaltung Magdeburg. Sonntagabend den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Bezirksversammlung in Dibenstedt im Lokal des Herrn Schuke und Winter vergütigen der Klemmer und Installateure im „Dreitaferband“, Gr. Storchstraße. Montag den 28. Februar abends 8 1/2 Uhr, Bezirksversammlung in Duda im „Thaliaaal“, Dornthienstraße 14.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Duda. Sonntag den 28. Februar, vorm. 11 Uhr, Versammlung im „Thaliaaal“.

Unterstützungsverein der Kupferschmiede. Sonntagabend den 27. d. M., abends 9 Uhr, Sitzung seiner Kommission bei G. Höfme, Kleine Klosterstraße 15-16.

Arbeiter-Radsportverein Magdeburg, Abt. „Einigkeit“. K. Neustadt, Freitag abend 8 1/2 Uhr Caalfahren und Zusammenkunft im „Weissen Fleisch“, Friedrichstraße 2.

Dieses, Semendend und Al. Otterstedt.
Sonnabend den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Metall-
arbeiterversammlung im Lokale des Herrn Strumpf. Siehe
Inserat heute.

Semendorf. Sonnabend den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
öffentliche Metallarbeiterversammlung im Lokale „Zum
Deutschen Kaiser“. Siehe Insetat heute.

Briefkasten.

Queblitzburg. Sowohl der Vater als auch der Vermittler
kann im voraus gültig künden. —

Museburg. Der Vater hat überhaupt keinen Anspruch auf
Rente, sondern nur der Sohn, weil letzterer nicht der Ernährer des
Vaters war. Auch der Junge hat wenig Aussicht auf Erfolg, da es
sich nach Ihrer Darstellung um eine alte Krankheit aus der Schulzeit
handelt. Wenn aber behauptet werden kann, daß die Grubenarbeit auf
das Bein von so schädlichem Einfluß gewesen ist, daß darauf das
jetzige Leiden zurückgeführt werden muß, so soll der Vater namens
seines Sohnes bei der Knappschaft den Antrag auf Rente stellen. —

H. M., Burg. England, Frankreich, Rußland, Deutschland,
Italien, Vereinigte Staaten, Oesterreich. —

S. S., Eberburg. Die 470 Mark brauchen Sie nicht zurück-
zahlen, da der Schuldner vor der Ermäßigung Ihrer Forderung
bezahlt hat. Die Strafanzeige hat keinen Zweck, lassen Sie dieselbe
fallen. Ihre Tochter muß für die Zeit, in der sie selbst be-
trübt, Steuern bezahlen. —

Mehendorf. 1. Nach § 55, 44, 44a der Gew.-Ord. bedarf man
zum Ankauf von Waren in einer andern Gemeinde eines Banber-
schein oder einer Beglaubigungskarte, je nachdem ob man einen
Lebenden oder einen Toten hat oder nicht. 2. Die zweite Frage müssen
Sie ausführlich wiederholen. —

S. S., Burg. Ein Ehemann ist nur seiner Ehefrau gegenüber
verpflichtet, die Kosten eines Prozesses, den dieselbe führt, zu bezahlen
(§ 1387 BGB.), nicht auch einem Dritten gegenüber. —

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—21,00
Speisebohnen (weiße) 19,00—38,00. Binsen 19,00—34,00. Es-
kartoellen 6,00—7,50. Nichtstroh 3,60—4,30. Krummstroh 2,50
bis 3,20. Heu 6,00—7,20. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch
im Großhandel 1,00—1,10, von der Keule 1,40—1,60. Schafschaf
1,20—1,30, Schweinefleisch 1,20—1,40, Kalbfleisch 1,20—1,30,
Lammfleisch 1,20—1,30. Speck (geräuchert) 1,40—1,60. Schuttler
2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,60—4,20.

Wasserstände.

Ort	Stunde	Stunde	Stunde	Stunde
Bardubitz	22. Febr.	+ 1.10	23. Febr.	+ 1.91
		+ 0.78		+ 1.41
Brandeis		+ 0.82		+ 1.15
		+ 0.50		+ 0.93
Weinitz		+ 1.50	24.	+ 2.51
		+ 0.01		+ 0.71
Dresden		+ 2.25		+ 2.66
		+ 2.25		+ 2.93
Torgau		+ 2.77		+ 2.64
		+ 2.33		+ 3.14
Wittenberg		+ 2.56		+ 2.73
		+ 2.32		+ 3.30
Wangenburg	24.	+ 2.51	25.	+ 3.12
		+ 3.07	24.	+ 2.76
Langenlände		+ 2.82		+ 2.46
		+ 2.50		+ 2.68
Wittenberge		+ 2.50		+ 2.52
		+ 2.55		0.03

Pres-Kommission! Freitag
abends, pünktlich
8 Uhr, Sitzung bei Albert Vater, Knochenhauerstr. 27/28. —

Achtung! Halberstadt. Achtung!
**Mein Geschäft in Herren-,
Knaben- und Arbeiter-Garderoben**
befindet sich nicht mehr Schmiedestraße 21, sondern
== Hoheweg 20 ==
im Hause des Herrn August Heino.
Richard Harring.

Barleben. Barleben.
Meinen werthen Kunden zur Nachricht, daß ich vom März ab
Grudekoks
à Zentner 85 Pfg. frei Haus, bessere Marke à Zentner 95 Pfg., ab
Bogn 80 und 90 Pfg. verkaufe.
Wilh. Rust.
verlange man von jedem Kolporteur ein Ver-
zeichnis von Meyers Volksbüchern. Zu haben in
der Buchhandlung Volksstimme.

**Fertige Betten
Bettfedern u. Daunen
Federdicke Julettis**
nur
Garantie-Marken
**am billigsten bei
Carl Gottschalk**
Magdeburg-Neustadt.

68 J. 10 M. 29 J. Karl, S. des
Kaufmanns Otto Lehmann, 26 J.
Sudenburg, 24. Februar.
Aufgebot: Arbeiter Franz
Wilhelm Baumann mit Emma
Marie Sandring.
Geburten: Hermann Walter,
S. unehelich, Adolf, S. des Ar-
beiters Richard Haberland, Erich,
S. des Schriftsetzers Max Heide.
Todesfälle: Anna geb.
Knappe, Ehefrau des Kommodors
Christ. Schmidt, 22 J. 8 M. 4 J.
Witwe Fuhrmann, Rosalie geb.
Zantowitz, 50 J. 6 M. 27 J.
Witwe Lindemann, Dorothee geb.
Craviat, 57 J. 1 M. 12 J.
Buckau, 24. Februar.
Aufgebot: Arbeiter Albert
Kammeler hier mit Emma Gutsche
in Magdeburg.
Todesfälle: Anna, Z. des
Arbeiters Joh. Schlipnewski, 11 M.
13 J.
Neustadt, 24. Februar.
Aufgebot: Arbeiter Friedrich
Gottfried August Kollwitz mit Mar-
tha Otte. Fleischer Eduard Gustav
Wöttger mit Anna Auguste Heise.
Eheschließung: Fabrikarb.
Paul Ebeling mit Anna Wilhelm.
Geburten: Horst, S. des
Kaufmanns Gustav Bernide, Hed-
wig, Z. des Schriftsetzers Gustav
Mellen. Albert, S. des Schrift-
setzers Wilhelm Bernide. Erna,
Z. des Arbeiters Joh. Bjovalski.
Minna, Z. des Arbeiters Wilhelm
Mensing.
Todesfälle: Otto, S. des
Arbeiters Wilhelm Gschub, 6 M.
16 J. Luise, Z. des Arbeiters
Friedrich Biehm, 20 J. 4 M. 7 J.
Berta, Z. des Arbeiters Richard
Wippert, 20 J. 2 M. 28 J.
Burg, 23. Februar.
Geburten: S. des Tischlers
Ernst Malgahn, S. unehelich.
Todesfälle: Friedrich, S. des
Fabrikarbeiters Friedrich Adler,
2 M.
Som 24. Februar.
Aufgebot: Arbeiter Rudolf
Albert Gustav Bandemer mit Berta
Schulze.
Geburten: S. des Stadt-
hauptmanns-Kontrollors Karl Hiller.
S. des Arbeiters Gustav Klode.
S. des Tischlers August Hönke.
Zwei Söhne, unehelich. Z. des
Weißgerbers Paul Raab. Z. des
Arbeiters Gustav Wiemich.
Todesfälle: Martha, Z. des
Tischlers Albert Köpke, 1 J. Stadt-
Vollziehungsbeamter Christ. Wagner,
44 J.
Halberstadt.
Som 20. bis 23. Februar.
Eheschließung: Arbeiter
Ernst Baake mit Witwe Nyford,
Friederike geb. Kilmoldt.
Geburten: S. des Bäder-
meisters Louis Dillge. S. des
Sattlers Friedrich Baake. Z. des
Oekonomien-Inspektors Karl Klee-
mann. Z. des Telegraphen-Mecha-
nikers Ernst Seifert. Z. des Dach-
deckers Wilhelm Ahrens. S. des
Malers Karl Baer. S. des Arbei-
ters Friedrich Siemann. Z. des
Schriftsetzers Richard Jungnickel.
Z. des Arbeiters Andreas Geb-
hardt. S. des Tischlers Gustav
Lamme.
Todesfälle: Zigarenmacher
Otto Stridde, 38 J. 6 M. 14 J.
Arbeiter Karl Rißau, 53 J. 5 M.
3 J. Witwe Goodie, Doris geb.
Schuhardt, 51 J. 9 M. 12 J.
Walter, S. des Zimmermanns
Hermann Oppermann, 1 M. 11 J.
Ehefrau des Kaufmanns Otto Apel,
Klara geb. Ulrich, 43 J. 1 M. 8 J.
Rudolf, S. des Eisenbahn-Stationen-
Assistenten Wilhelm Apel, 5 M.
10 J. Witwe Wolff, Marie geb.
Wittenberg, 80 J. 3 M. 18 J.
Erna, Z. des Maurers Julius Ho-
brecht, 10 M. 26 J. Frau Doro-
teale, Katharine geb. Dammzel,
60 J. 9 M. 21 J. Martha Voll-
mann, 1 M. Ehefrau des Lehrers
em. Christoph Dröder, Wilhelmine
geb. Knopf, 59 J. 3 M. 25 J.
Schönebeck.
Geburten: Erich, S. des Ar-
beiters Gustav Piezack, Otto, S.
des Schachtarbeiters August Reie.
Todesfälle: Witwe Friede-
rike Schulte geb. Ebel, 66 J. 7 M.
Röppch.
Todesfälle: Witwe Dorothee
Romanski geb. Schütte, 55 J.

Warenhaus

S. Pincus

Kaiserstrasse 17.

Freitag Sonnabend Sonntag
ganz extra billige

3 Apfelsinen-Tage

Qual. I	Qual. II	Qual. III	Qual. IV	Qual. V
2 Pf.	2 Pf.	3 Pf.	3 Pf.	4 Pf.

Lebensmittel

Rohes Schinken 1/2 Pfund 28 Pf.	Geräucherter Lachs 1/2 Pfund 28 Pf.
Gekochter Schinken 1/2 Pfund 28 Pf.	Fett-Bücklinge 3 Stück 11 Pf.
Lachsschinken 1/2 Pfund 35 Pf.	Sprotten fein 1/2 Pfund 8 Pf.
Bratwurst 1/4 Pfund 20 Pf.	Delik. Lachsheringe extra groß Stück 15 Pf.
Rotwurst fein 1/2 Pfund 10 Pf.	Russische Sardinen Glas 23 Pf.
Leberwurst fein 1/2 Pfund 10 Pf.	Hering in Gelee Pfund-Dose 35 Pf.
Mettwurst fein 1/2 Pfund 23 Pf.	Schweizer-Käse Ia. 1/2 Pfund 18 Pf.
Zerelatwurst Ia. 1/2 Pfund 25 Pf.	Tilsiter Käse 1/2 Pfund 16 Pf.
Zerelatwurst extra 1/2 Pfund 31 Pf.	Frühstücksküchen 3 Stück 20 Pf.
Sülze 1/2 Pfund 18 Pf.	Fromage de Brie 1/2 Pfund 23 Pf.
Pommersche Gänsebrust 1/2 Pfund 38 Pf.	
Brühwürstchen Paar 7 Pf.	
Frische Soleier Stück 8 Pf.	

Blumenkohl
täglich frisch
Kopf 15, 18, 23 Pf.

Verkauf solange Vorrat reicht.

Maß-Anfertigung
für Herren und Knaben, labellose
erfkt. Verarbeitung. Billige Preise.
G. Gese, Johannsstraße 14.

Buckau. Buckau.
Billiger 2293
wie Wanderlager und Gelegenheits-
käufe sind meine

Schuhwaren
in haltbarer Ware. Spangenschuhe,
Lackleder, Leder-Absatz, Paar 3.50,
Knopf- und Schnürstiefel
Gr. 22—24, 25—26, 27—30, 31—35
2.00 2.50 3.00 3.50

Schuhwaren-Haus
Ede Gärtnerstraße.

„Silva“
beste 2 Pfennig-Zigarette
überall zu haben.

— Großes Handbrot
kräftig und wohlschmeckend
— Hamburger Schwarzbrot
ganz vorzüglich, bei schwerem Ge-
wicht, ist zu haben 964
Jakobstrasse 4.

Uhren
— Grammophon-
Platten, Riesen-Ausw.,
Goldwaren, Patent- u.
Gelegenheits-Geschenke,
neue Neuheiten.
Langjährige Garantie!
Uhrmacher
H. Möller
2218
Magdeburg, Schönebeckstr. 107 a.
Auf Wunsch Teilzahlung.

Gänse-Pökelfleisch Keulen
und Brust Pfd. 60 Pf., früher 80 Pf.,
bei **Weinberg**, Berlinestraße 1a

Zum 1. März jedl. saub. Wohn-, St.,
F. u. Küche, zu verm. Preis 200 M.
J. erf. Schröders Restaur., Kamelst. 6b

Standesamt.
Magdeburg, 24. Februar.
Aufgebot: Kaufmann Fritz
Phil. Paul Schmidt in Schönebeck
mit Sophie Ulrike Fischer hier.
Versicherungsbeamter Friedrich Karl
Vorkanz in Alsted mit Minna Doro-
thea Kartha Schulz in Weimar.
Oberkellner Hermann Ede hier mit
Emma Fröhlich in Blantenburg a. S.
Herrnkellnermacher Karl Rieborn
mit Emma Berner. Arbeiter Gustav
Mollis mit Auguste Jürgens. Eisen-
bahnarbeiter Willi Grenzbach mit
Hedwig Schaeper. Musiker Willi
Wichmann mit Elisabeth Fölsch.
Kellner Arthur Möblius mit Auguste
Grande.
Geburten: Friedel, S. des
Eisenhauers August Gense.
Willy, S. des Handelsmanns Rud.
Sandring. Heinrich, S. des Schnei-
dermeisters Otto Klode. Karl, S.
des gepr. Lokomotivheizers Otto
Karsfel. Hans, S. des Versicherungs-
beamten Oskar Habe. Erich, S.
des Fleischers Hermann Hell. Paula,
Z. des Tischlers Friedrich Koch.
Todesfälle: Witwe Friede-
rike Schulte geb. Ebel, 66 J. 7 M.
Röppch.
1 J. Auguste geb. Braag, Witwe
des Photographen Theodor Köhne,

Aus der Parteibewegung.

Schöne Erfolge in Kassel. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurden die sozialdemokratischen Kandidaten Schöne, Fuhr, Webber und Bachmann gewählt.

Als Gegenkandidat Schönes ist seitens der Konservativen Bürgermeister Schöns Oberhau aufgestellt worden.

Sächsische Richter. Ein Assessor Motte in Meissen hatte den verantwortlichen Redakteur unfres Dresdner Brudersblattes, Genossen Riem, „gewöhnheitsmäßiger Ehrabschneider“ genannt. Als später R. wiederum als Angeklagter vor diesem unparteiischen Richter erscheinen sollte, lehnte er selbstverständlich den temperamentsvollen Herrn ab. Jetzt hat aber das Landgericht Dresden unter Vorst. des auch dem Bötter Fall bekannten Herrn Frommholz entschieden, daß die Bezeichnung „gewöhnheitsmäßiger Ehrabschneider“ kein Grund für einen sozialdemokratischen Redakteur sei, Mißtrauen in die Unparteilichkeit eines Richters zu setzen!!!

Gewerkschaftsbewegung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Steinarbeiter in Brandenburg a. H. stehen in der Lohnbewegung. Die Meister lehnten alles, selbst das Gewerbegericht als Einigungsamt, ab. Sonnabend läuft die Kündigungsschrift ab und scheint bei der Hartnäckigkeit der Meister der Streit unvermeidlich. — Die Schuhmacher in Braunschweig wurden mit ihren Forderungen „glatt“ abgewiesen. Die Meister weigern sich zu verhandeln. Auch hier steht ein Streit bevor. In Kiel beschloßen sie in geheimer Abstimmung, an ihren Forderungen festzuhalten. Das bezieht sich den Streit. — Die Wäckerinnen in Köpenick bei Berlin stehen in der Lohnbewegung. Sie fordern zehnkündige Arbeitszeit, 3,50 Mark Tagelohn, regelmäßige Pausen usw. Sie sind seit kurzem gut organisiert. Bravo! — Die Maurer in Weissenfels schloßen Montag mit den Arbeitgebern einen Vergleich, wonach letztere vom 1. März bis 1. Juli 40 Pfennig, vom 1. Juli bis 1. März 1905 42 Pfennig Stundenlohn zahlen (bisher 38 Pfennig). — Die Nagelschmiede in Vergesdorf erhielten ihre Forderungen fast sämtlich bewilligt. Damit ist der Streit nach 8 tägiger Dauer beendet. — Die Zimmerer in Düsseldorf fordern 60 Pfennig Stundenlohn, 9 1/2 stündige Arbeitszeit u. zum Frühjahr. Sie sind zu 80 Prozent organisiert. — Bei Krupp in Essen stehen sie in einer energiegelichen Bewegung um Lohn- und Arbeitszeit (bisher 37 Pfennig per Stunde). Die Wäckerinnen lehnen alles ab, jedoch stehen weitere Verhandlungen bevor. Die übrigen Zimmerer Essens fordern 50 Pfennig Stundenlohn und 10 stündige Arbeitszeit. Bewilligen wollen die Meister nur 46 Pfennig.

14te Generalversammlung des Verbandes der Hafenarbeiter etc. Deutschlands in Hamburg.

Hamburg, 24. Februar.
An Punkt 6 der Tagesordnung: Agitation, referiert der Verbandsvorsitzende Döring. Er schildert ausführlich die Schwierigkeiten der mündlichen Agitation, wobei alle eigenartigen örtlichen und beruflichen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, die nur zu häufig von denen des nächstgelegenen Hafens grundverschieden sind. Dadurch und in Verbindung mit den teilweise sehr weiten Entfernungen, die speziell an der Ostseeküste in Betracht kommen, erhöht sich die Kosten für die mündliche Agitation, ganz bedeutend. Der Referent aus anderen Veränden ist leider durchgehend ein außerordentliches geringes Verständnis für unsere speziellen Verhältnisse zu bemerken, was hemmend auf die Agitation wirkt. Unsere Kollegen begreifen Ausführungen allgemeiner Natur viel leichter, wenn sie durch Beispiele aus ihrer Tagesarbeit illustriert und erläutert werden. Redner geht sodann auf die bisherige Agitation im Verbands ein und schildert die Mühsale der Winteragitation unter den Winternächten der östlichen Stromgebiete. Auf der Elbe ist ein teilweiser Erfolg zu verzeichnen, schwieriger ist das Oberegebiet zu bearbeiten. Die dortigen Bootleute leben teilweise unter jämmerlichen Verhältnissen und es ist vorgekommen, daß Oberfähnen, die auf die Elbe kamen, ihrer Brauchbarkeit wegen von der Strompolizei konfiszieren werden mußten. Die Bootleute des Rheins wohnen in industriell hochentwickelten Gegenden, sie bringen schon einen gewissen Fonds von Aufklärung mit in ihren Beruf, und sind daher leichter zu organisieren. Allerdings ist am Rhein wieder der Einfluß der katholischen Priesterherrschaft schwer ins Gewicht fallend, wie ebenfalls in Bayern. Der Referent ist so schlau, sich hinter die Frauen zu stellen, um ihre Männer zu beeinflussen. Der Reichsfußball wird dazu benutzt, um durch oft unglaubliche Mittel diesen Einfluß auszuüben. Man gibt den Rat, den Männern auf Wochen den Weichschlag zu verweigern, sobald sie sich nicht willfährig erweisen und aus der Organisation austreten. Die Arbeit der Agitationskommissionen soll in Zukunft auf eine andre Basis gestellt werden, um ihre Aufgaben fruchtbringender als bisher zu machen. Der Wunsch, die Gauleiter von der Hauptverwaltung anzustellen und zu überwachen, würde einen Fehler zeitigen, in dem wir nicht verfallen dürfen. Redner beantragt: Der Hauptverband hat ein Regulatoriv ausgearbeitet, das der Begutachtung der Agitationskommission unterbreitet und nach gemeinsamer Redigierung den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Dieses Regulatoriv hat die Richtschnur für die künftige Agitationsarbeit zu bilden.

Sechster Verbandstag der Steinseher, Pflasterer und Berufsangehörigen Deutschlands.

Braunschweig, 23. Februar.
Ueber den 4. Punkt der Tagesordnung: Pflasterstein- und Schiffbauabgaben in ihrer Bedeutung für das Steinsehergewerbe, referiert Knoll-Verlin. Redner beschäftigt sich des längeren mit dem im Rolltarif festgesetzten Zoll auf Pflastersteine, der, wenn durchgeführte, den Ruin des Steinsehergewerbes zur Folge haben würde.
Die Ausführungen des Referenten wurden durch den Genossen Staudinger-Leipzig, Redakteur des „Steinseher“, wirksam ergänzt. Eine vom Referenten vorgeschlagene Resolution, worin der im deutschen Rolltarif festgesetzte Zoll auf ausländische, ferner eingehende Pflastersteine belämpft wird, fand einstimmige Annahme. Unter den von Knoll begründeten Leitsätzen zu den Positionen 5 und 6 der Tagesordnung sind folgende von Wichtigkeit:
Bei den Lohn- und Lohnsatzbewegungen der nächsten drei Jahre sind — unter Zugrundelegung der zum großen Teil schon jetzt anerkannten Lohn- und Arbeitsverhältnisse — folgende Forderungen zu stellen: 1. für Großstädte (über 100 000 Einwohner, einschließlich Vororte) Mindest-Stundenlohn für Steinseher 75 Pf., für Hammer 60 Pf.; 2. für Orte von 50 000 bis 100 000 Einwohner (einschließlich Vororte) Mindest-Stundenlohn für Steinseher 70 Pf., für Hammer 55 Pf.; 3. für Orte von 20 000 bis 50 000 Einwohner Mindest-Stundenlohn für Steinseher 65 Pf., für Hammer 50 Pf.; 4. für Orte mit unter 20 000 Einwohner Mindest-Stundenlohn für Steinseher 60 Pf., für Hammer 45 Pf.
Der Antrag, einen dritten besoldeten Beamten als Gauleiter für Rheinland und Westfalen anzustellen, wird nach lebhafter Debatte angenommen. Als dritter besoldeter Beamter wird der Hauptreferent angestellt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. Februar 1904.
— **Ueber Altholismus und seine Bekämpfung** referiert Freitag abend in der „Krone“ Altknecht, Genosse Dr. Fröhlich aus Wien. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

— Das vereingte Bürgerturnverein des Magdeburger, bestehend aus dem Wilhelmshafen Bürgerverein „Kaiser Friedrich“ unter Vorst. des Herrn Beyerhoff und dem Wilhelmshafen Bürgerverein unter Vorst. des Herrn Dr. Czernau, sowie einer großen Anzahl geladener Gäste waren am Mittwoch abend in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal des „Hohenzollernhaus“ versammelt, um zu beraten, welche Schritte unternommen werden müssen, damit die Wilhelmshafen bessere Verbindungen mit der Altstadt erhält. Der Versammlung, die politisch aber auch mehr unter anderem auch 18 Stadtverordnete bei. Der Stadt. Jacoby, Scherbening hatte das einleitende Referat übernommen. Er gab einen Überblick in welcher rapiden Weise die Entwicklung der Wilhelmshafen vor sich gegangen ist. Mit dieser Entwicklung der Bevölkerungszunahme hätten die Verkehrswege nach der Altstadt nicht gleichen Schritt gehalten. Auf der ca. 4 Kilometer langen Front vom Sudenburger Tor bis zum Kaiser-Wilhelmplatz erstrecken sich nur zwei Verbindungswege, die trümmige Ulrichsstraße und die noch neue Königstraße. Nachdem Redner die Unzulänglichkeit dieser Verbindungen geschildert und den jetzigen Stand der Verhandlungen zwischen dem Magistrat und der Stadt erörtert, forderte er die Anwesenden auf, energisch für die von ihm für außerordentlich notwendig erachtete Verbindung der Wilhelmshafen im Zuge der Dransen- und der Al. Dischendorferstraße einzutreten. Er glaubt, daß eine Petition den beabsichtigten Zweck erreichen wird. In der sich anschließenden Diskussion unternahm es der Stadtd. Dandwort, auf die enormen Kosten, die die Unternehmung unter dem Bahnanbau erfordern würden, hinzuweisen. Jedemfalls sei vor der Ausführung nicht daran zu denken.

Die letzte Ausführung rief Herrn Dr. Wolff auf den Plan, der unter Beifall erklärte, daß die Verlamung zu dem Zweck einberufen sei, um den hiesigen Stadtverordneten etwas mehr Energie im Verfolg der für die Stadt notwendigen Einrichtungen einzutripfen.
Eine Resolution, in der sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklären und wörtlich die betreffenden Behörden ersucht werden, die Förderung des Projekts in die Hand zu nehmen, fand einstimmige Annahme.

— **Wieder ein Menckelbild.** Spaziergänger im Glack sehen dort öfter einen teilweise gelähmten und fast völlig erblinden alten Mann umherwandern, den meist seine ebenfalls als gebrechliche Frau führt. Der blinde Mann spricht die Gorbbergegebenden um ein Almosen an und erhält auch bereitwillig keine Mängel, denn wer gäbe solch einem Unglücklichen nicht gern! Die Folgen davon sind — wir leben in einem Rechtsstaat! — Vettelstrafen! Vom Schöffengericht wurde der Kernte, es ist der Arbeiter Karl Donisch hier, wieder einmal wie schon oft, zu 2 Wochen Haft wegen Betrugs verurteilt. Von der Armenverwaltung bekommt, wie er behauptet, Donisch monatlich 5 Mark, weiter hat er keine Einkünfte.

— **Unfall.** Der Tischler Otto Köppe aus Budau wollte am Mittwoch in seiner Wohnung die Treppe hinuntergehen, er rutschte aus und kam zu Falle, wobei er sich den rechten Arm ausstüßte. R. fand im Sudenburger Krankenhaus Aufnahme.

— **Birkus.** Der stets zunehmende Besuch im Birkus Carreant ist ein deutlicher Beweis für die ungeleitete Anerkennung, deren sich die verschiedenen Darbietungen erfreuen. Eine einzige Nummer des reichhaltigen Repertoires, seien es die Verfassungen, die besten Meistkünstler der Welt, die Nummern, die größte Attraktion der Luft, oder Volontäre der besten Musikanten — oder sonst eine Produktion der berühmten Artisten, ist allein schon den Besuch des Birkus wert. Wir weisen speziell auf den heutigen Singsangabend und auf die morgige Clown-Vorstellung hin.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.
Sitzung vom 24. Februar 1904.

Ein Messerheld. Der Korbmacher Joseph Dänger aus Niederlangensfeldersdorf, geboren 1877, kam am 16. Januar d. J. in Wurg zugereist und zankte sich auf der Herberge mit dem Former Lehmann. Der Wirt wies ste hinaus und auf der Straße kam es dann zur Schlägerei, wobei Dänger dem Gegner zwei Messerstiche verfehlte. Die Kammer erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Ein Unhold. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Arbeiterinvalide Christian Wienert aus Gilsleben, geboren 1843, wegen Stillschleppens, begangen an einem 5 Jahre alten Mädchen, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen fahrlässiger Eisenbahntransportgefährdung im Verein mit Uebertretung der Polizeiverordnung vom 30. September 1899 wurde der Kutcher Paul Kühlemann hier, geboren 1877, mit 20 Mark Geldstrafe belegt.

Wegen Körperverletzung wurde der Arbeiter Friedrich Schmieder zu Klein-Ottersleben, geboren 1868, vom Schöffengericht am 7. Januar d. J. zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die Verurteilungskammer stellte eine Schuld des Angeklagten nicht fest, nahm auch Nothwehr als vorliegend an, hob deshalb das erste Urteil auf und sprach ihn frei.

Sitzung vom 25. Februar 1904.

Opfer der Strafe. Der Droschkenbesitzer Friedrich Albrecht aus Cracau, geboren 1855, überfuhr am 5. November 1903 hier in der Ulrichstraße den Landwirt Borg aus Wiederitz, der eine Weinverletzung davontrug. Der Angeklagte erhielt wegen fahrlässiger Körperverletzung im Verein mit Uebertretung der Polizeiverordnung vom 1. Oktober 1882 100 Mark Geldstrafe evtl. 10 1/2 Gefängnis.

Freispruch. Die hiemals bestrafte Verheiratete Arbeiterin Wilke, Anna geb. Ost hier, geboren 1857, wurde vom Schöffengericht am 9. Januar d. J. wegen Unterschlagung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Sie soll einen auf Abzahlung gekauften Spiegel im Oktober 1902 an ihre Schwester zur silbernen Hochzeit geschenkt haben. Die Verurteilungskammer hob dies Urteil auf und sprach die Angeklagte frei, da die Verhandlung ergab, daß sie einen andern, gekauften und mit 9 Mark bezahlten Spiegel verschenkt hatte.

Ein Schlagfertiger. Der Bootsmann Hermann Sesse aus Brederode, geboren 1867, schlug am

12. August 1901 zu Dresden gelegentlich eines Besuchs des Steuermann Friedrich angeblich mit einem Messer den Arm und wurde deswegen vom Schöffengericht in Zusammenhang am 21. Januar d. J. mit 80 Mark Geldstrafe bestraft. Die Verurteilung wurde verworfen.

Kleine Chronik.

Vom Tisler Karpfenprozess.

In dem Riesenprozess des Karpfener Schiedler-Tisler beschloß das Tisler Gericht die Habung des Professors Schwemmer, des Professors Jäger-Stuttgart, des Magnetiseurs Hansen-Berlin, des heilmen Sanitätsrats Wisinger-Kassel, Professors Schlegel-Labinger und des Privatdozenten Berger-München als weitere Sachverständige der Angeklagte soll, wie der Gerichtsbeschluss, mehrere Krankheitsfälle des Tisler Karpfen in einer öffentlichen Sitzung diagnostizieren und magnetisieren.

Postgangdied.

Der 28jährige Postkutschbote Schubert in Chemnitz, der am ersten Weihnachtstage der mittags von Stollberg nach Chemnitz fahrenden Postzug herabstürzte, wurde zu 2 Jahren 9 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Bahnstrolach.

Vom Schwurgericht Bries wurde der frühere Hülfsbahnwärter Johann Zaraba aus Strehlen wegen vorsätzlicher Beschädigung eines Eisenbahnzugs zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wieder einmal die Dresdener Richter.

Aus der Stadt bez. Streitartelle wird uns geschrieben:

Am 24. Februar stand vor dem Dresdener Landgericht der Maurer Paul Neumann, angeklagt des Vergehens gegen den „Kühnheits“-§ 158 der Gewerbe-Ordnung, der Verleumdung und der Körperverletzung. Neumann, der schon zum Militär eingezogen war und auf ein Jahr beurlaubt wurde, ist Mitglied des Zentralverbandes deutscher Maurer. Er wird beschuldigt, mit seinem Verbandskollegen Maxate zwei arbeitswillige Maurer durch Drohungen und Schimpereien, wie durch Täuschungen — Treten auf die Füße — gezwungen zu haben, die Arbeit aufzugeben beim dem Zentralverband der Maurer beigetreten. Maxate wurde deswegen zu der horrenden Strafe von 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Neumann konnte erst heute verhandelt werden. In der Verhandlung wurde Neumann nur von den beiden — bereits mehrfach wegen Körperverletzung verurteilten — Arbeitwilligen Gebrüder Kühn belastet. Ein anderer Richterwähler hatte es nur vom Hörensagen, daß Neumann die ihm vorgeworfenen Thaten begangen haben soll. Die übrigen fünf Zeugen wählten nichts von den Neumann ausgesprochenen Vergehen. Diese Unklartungen wurden — laut Gerichtsbeschluss — nicht berücksichtigt, da sie als Richterwähler der Mitternacht bringend verdächtig seien!!

Der Verteidiger freute sich, daß die Belastungszeugen die Gebr. Kühn unter ihrem Eide im Prozess Maxate unter schwere Angaben über ihre Vorstrafen gemacht haben. Auch schwebte gegen sie ein Prozess wegen wissenschaftlich falscher Verleumdung. Trotzdem beschloß das Gericht sie zu verurteilen!!

Der Staatsanwalt beantragte gegen den bisher völlig unbefragten Angeklagten 8 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte diesem Antrag gemäß!!!
Bemerkenswert ist noch, daß der eine Richterwähler den Gerichtsbeschluss erachtete, das Verbands- und Versammlungsrecht aufzugeben und die Zentralverbände zu schließen. Dazu bemerkte der Vorsitzende — Landgerichtsdirektor Janke —: „Ihr Vorschlag ist vielleicht sehr gut, nur wir haben darüber nicht zu entscheiden.“ Auch wurde das Auditorium scharf vom Vorsitzenden angefahren und verwahrt, als sich im Zuschauerraum unwilligkeits murmeln über diese Worte regte.

Nun, vielleicht wird dieser Richter bald Justizminister, damit er Gelegenheit erhält, an der Erfüllung der Wünsche dieses Arbeiter mitzuwirken.

Ein Opfer des Offizierbänkels.

Der russische General Dragomiroff behandelt in der von ihm geleiteten Militärzeitung „Nobestojia“ den Fall eines Offiziers, der sich vor einiger Zeit unter äußerst tragischen Umständen das Leben nahm. Der Vorgang ist kurz folgender:

Ein Offizier namens Kubilich marschierte an der Spitze seiner Kompanie durch eine Straße von Petersburg als plötzlich ein durch und durch gerumpelter Bettler auf ihn zutrat und ihn unter Schimpfwörtern durchzuknurren begann. Betroffen begnugte der Offizier sich damit, den Angreifer beiseitezuschieben. Er betrachtete den Elenden von oben bis unten, suchte die Ursachen und setzte mit seiner Kompanie seinen Weg fort. An demselben Abend nahm sich der Offizier das Leben.

Der General Dragomiroff rügt offen das Verhalten des Offiziers und erklärt, daß es seine Pflicht gewesen wäre, seinen Angreifer sofort zu züchtigen. Der General vergleicht den Offizier mit dem Schießpulver. „Das Schießpulver“, so schreibt er, „kann eine unbestimmte Zeit hindurch in einem Sonderraum in dem Zustand vollkommener Ungefährlichkeit aufbewahrt werden. Sobald es jedoch ein einziger Funke trifft, explodiert es und erschmettert den unbewussten, der es aus seiner Schlaflosigkeit hat. Ebenso verhält es sich mit dem Offizier. Er kann gleichgültig und friedlich bleiben, so lange man ihm nicht zu nahe tritt. Aber sobald er provoziert wird, muß er auffahren und den, der gewagt hat, ihn anzugreifen, vernichten.“

Der unglückliche Kubilich jedoch hatte nichts von dem Schießpulver an sich. Vor seinem Ende schrieb er an seinen Obersten folgenden Brief: „Ich weiß, daß mein Verhalten von vielen meiner Waffengefährten getadelt werden wird. Ich hätte den Mann, der mich schlug, töten sollen... Ich hatte in der Tat schon nach dem Säbel gegriffen; aber als ich einen gerumpelten ausgehungerten armen Kerl vor mir sah, der anstatt zu fliehen, mir zurief: „Ich mich! Töte mich!“ vertrieb mich der Mut. Ich hatte Mitleid mit einem Elenden. Ich fühlte, daß ich in erster Linie nicht Offizier, sondern Mensch war. Da ich jedoch nicht mußte, daß man mich der Gleichgültigkeit und der Feigheit bezüchtigt, gehe ich in den Tod.“

Letzte Nachrichten.

Ed. Belgad, 25. Februar. Die Konstantinopeler Meldung, daß der Albaneseenaufstand bereits unterdrückt ist, ist unrichtig. Der Aufstand gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Die Albanesen drohen das serbische Kloster zum heiligen Patriarchen und die Stadt Spal.

Ed. Wien, 25. Februar. In dem heute beginnenden 2. Teil des Rischinewer Prozesses sind 67 Personen angeklagt, 8 jüdische Einwohner von Rischinew ermordet zu haben.

Ed. Budapest, 25. Februar. Die Lokomotivfabrik der ungarischen Staatsbahnen beschloßen, falls ihre Forderungen bis zum 5. März mittags 12 Uhr nicht bewilligt werden, den Dienst auf offener Straße einzustellen.

Ed. Rom, 25. Februar. Außer hier hat auch in Neapel die Erde ein heftiges Erdbeben mitgeteilt. Dasselbe hat großen Schaden angerichtet. Die Carabinieri-Kasernen droht einzufallen.

Total-Ausverkauf

des

Wolf Seelenfreund'schen

Lagers

erfolgt **Breiteweg 81**

In den Stunden von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr.

Räumung der Bücherabteilung

ca. 4500 Bände.

Klassiker:		Romane, Novellen:	
Goethe, 4 Bde., jed. Bd. 98 Pf.		Sacher Masoch, jed. Bd. 20 Pf.	
Schiller, 4 98 Pf.		Becher's Wochenbibliothek, Ladenpreis 20 Pf. 14 Pf.	
Hefling, 3 98 Pf.		Militär-Humorist., Bd. 20 Pf.	
Shakespeare, 4 Bde., jed. Bd. 98 Pf.		Kriminal-Bibliothek., 25 Pf.	
Heine, 4 Bde., jed. Bd. 98 Pf.		Erzähl. f. jg. Mädchen	
Eichendorff, 2 Bde., jed. Bd. 98 Pf.		Klara Cron 1.77	
Kückert, 3 Bde., jed. Bd. 98 Pf.		Klara Cron Doppelband 2.65	
Hausff, 2 98 Pf.		Marie Katharina, Band 98 Pf.	
Kleist 1 98 Pf.		Luise Heigt 98 Pf.	
Moderne Autoren:		Erna Selten 98 Pf.	
Peter Hansen, jed. Bd. 40 Pf.		Freih. v. Gaudy 98 Pf.	
Holz 22 Pf.		Johanne Schüring 98 Pf.	
Tollst. 18 Pf.		Lausend und eine Nacht	
Gork 28 Pf.		Brachtausgabe 4.25	
Maupassant 25 Pf.			
Strafgesetzbuch 8 Pf.		Humorist. Vorträge Bd. 25 Pf.	
Neue Gewerbeordnung 8 Pf.		Polterabendstürze 25 Pf.	
Bürgerl. Gesetzbuch 48 Pf.		Ernte und heitere Vorträge	
Bürgerl. Kochbuch 44 Pf.		Bd. 25 Pf.	
Indianer-Grählungen		Loosbuch 25 Pf.	
Band 3 Pf.		Buch der Gesellschaftsspiele	
Briefmarkensprache für Liebende 8 Pf.		Bd. 25 Pf.	
Neueste Postkartengröße		Briefsteller für das tägliche Leben 25 Pf.	
Band 5 Pf.		Liebesbriefsteller 25 Pf.	
Kinder-Glückwünsche v. Käthe Rahmlow-Slippge 14 Pf.		Der vollkommene Karten-Künstler Bd. 25 Pf.	
Volkliedersbuch 8 Pf.		Der vollkommene Statistiker Bd. 25 Pf.	
Studentenliedersbuch 8 Pf.		Wie verlobt und verlobt man sich Bd. 25 Pf.	
Radfahrerliedersbuch 8 Pf.		Der Lang 25 Pf.	
Salonliedersbuch 8 Pf.			
Soldatenliedersbuch 8 Pf.			
Noten 4 Pf. Noten-Heft Heft 38 Pf.			
Album: 2.65			

Buchhandlung Volksstimme

Zalobstraße 49

Sobien erschien und ist jetzt und zu beziehen

Die Geschichte der Deutschen

Sozialdemokratie

Von Franz Mehring.

Zweite verbesserte Auflage.

Erster Band Bis zur Märzrevolution	Dritter Band Bis zum deutsch-französl. Krieg
Zweiter Band Bis zum preussischen Verfassungstret	Vierter Band Bis zum Erfurter Programm

Die neue Ausgabe ist in handlichem Format und auf hochwertigem Papier gedruckt.

Preis pro Band elegant gebunden 5 Mk.

Allen Vereinsbibliotheken und Parteigenossen seien diese Bände der besonderen Beachtung empfohlen.

CIRCUS

Sarrasani!

Freitag den 26. Februar 1904
abends 8 Uhr

1. Clown- u. Komiker-Vorstellung

mit durchweg komischem Programm.

Preise der Plätze und alles übrige wie bekannt.

2344

Manchester-Samt, Burg. Burg.

Freitag

Frische Wurst.

Sonntag und Sonntag

Knoblauchwurst.

K. Jesse, Goldstr. Nr. 2.

Zur Wäsche!

Creme-Farbe 2345

Flava

kocht Garbinnen wunderbar schön.

Blitzblau

flüssiges Waschlila
macht die Wäsche blendend weiß

Flasche 10 Pf.

In haben in sämtlichen Lägern des Konsum-Vereins Henkadi.

Städtisches Orchester

Fichtlers Konzert-Haus

Sonntag d. 27. Februar
abends 8 Uhr 2292

Grosses Volkskonzert

Leitung: Kapellmeister Josef Krug-Waldsee.

Operetten-Abend!

Eintrittskarten:
im Vorverkauf 20 Pf.
an der Kasse 30 Pf.

Sozialdemokratischer Verein

Bezirk Wilhelmstadt.

Dienstag den 1. März 1904, abends 8 1/2 Uhr
im „Luisenpark“

Versammlung.

Tagesordnung: 2411

1. Agitation für den Sozialdemokratischen Verein und die „Volksstimme“.
2. Vortrag und Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.

Einen zahlreichen Besuch erwartet Der Bezirksleiter.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter
— Verwaltung Magdeburg —
Bureau: Stephansbrücke 38. — Telefon Nr. 276.

Sonntag den 27. Februar 1904, abends 9 Uhr
in Müllers Restaurant, Tischlerkrugstr. 22

Kutscher-Versammlung.

Tagesordnung: 3278

1. Die Bedeutung des allgemeinen Kongresses für die im Transport- und Fuhrwerksgewerbe beschäftigten Personen. Referent: D s w a l d
2. Diskussion.
3. Anträge zum Kongress.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Fleisch-Preisermäßigung!

Seit Freitag und morgen Sonnabend offerieren wir in bester Ware zu folgenden ermäßigten Preisen:

Pa. Schweinefleisch		ff. Kalbfleisch	
Schinken	alles	Runde	alles
Rücken	3 Pfund nur	Rücken	3 Pfund nur
Carbonade	55 Pf.	Niere	35-55 Pf.
Rippe		Breite	
Braten			
Pa. Rindfleisch	Bratenstücke à Pfund 70 Pf., Knochenbraten à Pfund 65 Pf., Spaltenfleisch à Pfund 60 Pf.		
	Flomen und fettes Fleisch à Pfund nur 55 Pf.		

A. Bosse R. Bosse

Gr. Münzstraße 14. Gr. Marktstr. 20.

Knaben-Anzüge

in unerreichter Auswahl zu auffallend billigen Preisen empfiehlt

G. Gehse, Johannisthürstr. 14.

Konfirmationsstiefel

empfiehlt zu billigen Preisen 2325

Kleinefeld, Schönebeckerstr. 98.

Tadellosster Kinderwagen zu verkaufen

Bauerhäuser, Sudbg., Bangeweg 58

Walhalla

Nur noch einige Tage

2214 das brillante Spezialitäten-Programm!

Heute neu

The Original Droy's

ergänzende Spezialität.

Stadt-Theater.

Freitag den 26. Februar 1904.

Martha.

Oper in 4 Aufzügen von Flothow.

Hierauf:

Ballett-Divertissement.

Sonntag den 28. Februar

Nachmittags-Vorstellung zu keinen Preisen.

Der Weichenfresser.

Fleisch-Offerte!

Prima Schweinefleisch à Pfund 55 Pf., für 3 Marz 6 Pfund, auch mit Rot- u. Leberwurst u. Fleisch zusammen für 3 Marz 6 Pfund.

Rücken und Carbonade à Pfund 60 Pf.

Reines gehacktes Schweinefleisch à Pfund 60 Pf.

Reines Flomenfleisch à Pfund 70 Pf.

Schmortwurst à Pfund 60 Pf.

Fetter und Mispenspeck à Pfund 70 Pf.

Feine und grobe Bratenwurst à Pfund 80 Pf.

Feinste Schweinische Schlachtwurst à Pfund 1.10 Mk.

Die Hauptveranstaltungen sind Donnerstag, Freitag u. Sonnabend. Es wird nur die beste Qualität Schweine auf dem hies. Schlachthof geschlachtet.

Alte Neustadt, Ottenbergstrasse 31.

Bürgerhaus

Heute Freitag 2414

Schlachtfest

Von 6 Uhr ab alle Sorten fettsche Wurst in und außer dem Hause.

Sonntag und Sonntag unwillkürlich
lehtes Boobier!

Ergebenst ladet ein **A. Hesse.**

Achtung, Metallarbeiter!

in

Lemsdorf, Benneckenbeck, Groß- und Klein-Ottersleben.

Zwei öffentliche

Metallarbeiter-Versammlungen

tagen am

Sonntag den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Für Benneckenbeck, Gr.- u. Kl.-Ottersleben

im Lokale des Herrn Fr. Strumpf, Gr.-Ottersleben.

Für Lemsdorf

im Lokale „Zum Deutschen Kaiser“ in Lemsdorf.

Tagesordnung:

1. Welche Forderungen hat die Metallarbeiterschaft zu stellen, um Lohn, Arbeitszeit und Behandlung den heutigen Kulturverhältnissen entsprechend zu gestalten.
2. Diskussion.

Kollegen! Wir dürfen nicht hinter andern Städten zurückbleiben, die sowohl einen höheren Verdienst bei kürzerer Arbeitszeit, bessere Behandlung, bessere gesundheitliche Einrichtungen haben als wir. Das alles brauchen auch wir, im Interesse unserer Familien und uns selbst.

Die Aussparungen tausender Arbeiter durch die Unternehmer im letzten Jahre sollte jeden denkenden Arbeiter zur Mitarbeit bewegen, der Not und Glend von sich und seiner Familie fern halten will. Eine stattliche Zahl ist dies auch heute schon in obigen Orten, 280 Mitglieder zählt der Deutsche Metallarbeiterverband in Ottersleben, 70 in Lemsdorf. Nochmal so viel müßten es aber sein. Also auch hier gibt es zu arbeiten, denn nur mit Hilfe einer machtvollen Organisation werden wir eine durchgreifende Änderung erreichen. Auch darüber wird ein Wort in der Versammlung zu sprechen sein.

Agitiert deshalb lebhaft für guten Besuch.

2213 Der Einberufer.

Zur öffentlichen Auktion

übernehme Gegenstände aller Art sowie ganze Waren- und Lager.

Abrechnung und Kasse sofort

Berthold Wolff, Auktionator

Schwertfegerstraße 14. 2331

Heute und folgende Tage verlaufe ich große Posten

Moderne Paletots, moderne Herren-Anzüge, Rosen, Westen, Jacketts, Kinder-Anzüge,

Konfirmanden - Anzüge

sowie sämtliche Arbeiter-Garderoben.

Schuhwaren

aller Art für Herren, Damen und Kinder.

Günstige Kaufgelegenheit für Private und Wiederverkäufer.

B. Wolff, Schwertfegerstraße 14.

Halberstadt „Odeum“

Sonntag den 28. Februar, nachmittags 4 Uhr

Öffentl. Versammlung.

Tagesordnung: 2416

Die Arbeiterklasse und die Alkoholfrage.

Referent: Herr Dr. Richard Fröhlich-Wirk.

Beginn der wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt erforderlich, daß Männer und Frauen in großer Anzahl erscheinen.

Der Einberufer.

K. Schliestedt

Magdeburg-Sudenburg
Palberstraße 198
empfiehlt täglich fettsches

Kaffee- und Gebäck

sowie Schokoladen, Konfitüren und Bonbons zu Fabrikpreisen.

Bonbons von 1/4 Pf. 8 Pf. an. Bonbons 1/2 Pf. 15 Pf. an.